

› Chancen für neues Sportmuseum

Schätze der Sportgeschichte können in Leipzig wieder ans Licht kommen Seite 5

› Gauck immer unverschämter

... und dabei fälscht er noch gnadenlos eine Losung der Linken gegen die Nazis Seite 6

› Oktoberrevolution und Luxemburg

Ernstgert Kalbe zitiert komplett, wo andere als Beleg ihrer kritischen Positionen Luxemburgs Texte mitunter bewusst reduzieren. Seiten 8/9

› Keine Ost-West-Variete-Show

Deutschland – du mein Fröhlichsein (?): Norbert Blüm und Peter Sodann Seite 10

21

2007

1,30
Euro

15. Jahrgang
19. Oktober

www.
leipzig-neue.de

Nur 1 Euro
im Abo

Sehen, was andere übersehen ...



Foto: Jehnichen/Dok Archiv



Quelle: Dok-Archiv

Wann wird der Blick auf „Etwas“ intensiver? Immer, wenn einen dieses „Etwas“ anspricht, verwirrt, nachdenklich stimmt. Die Menschen auf obigem Foto schauen in eine Richtung. Sie sind unterschiedlich an Jahren, an Erfahrungen, an Überzeugungen. Ihr kleinster gemeinsamer Nenner war ein Besuch während der Dokwoche des Jahres 2006 in Leipzig. Wie im wahren Leben unser Auge, nimmt dieses Foto manche Gesichter intensiver, manche verschwommener wahr. Sicher wissen heute diese Leute längst nicht mehr, dass sie nebeneinander saßen. Dieser zufällige Schnappschuss verweigert diese Flüchtigkeit. Die Aufnahme verdeutlicht auch die Ausnahme von der Regel: Einer wirkt nachdenklicher, scheint sich intensiver mit dem Gesehenen und Gehörten auseinanderzusetzen. Man hüte sich aber vor

dieser Vereinfachung, denn es würde alle seine Mitseher sehr unterschätzen. Der Dokumentarist arrangiert die Wirklichkeit. Seine Ethik verbietet ihm, sie zu entstellen. Seine Zeugenaussage wird wertlos, wenn sie nicht glaubwürdig ist. Zuschauer sehen mit den Augen der Kamera – und beziehen das Gesehene auf sich selbst. Filme stellen Fragen und ermöglichen dem Zuschauer, eigene Antworten zu finden. Der Dokumentarist vermittelt eine Information, die dem Zuschauer eine Stellungnahme ermöglicht, aber es ist nicht seine Aufgabe, fertige Lösungen vorzulegen. Das alles passierte auf unterschiedlichste Art und Weise bis jetzt 49 mal in Leipzig, denn diese Stadt wurde durch diese Herbsttage auch zur Filmstadt. Vor zehn Jahren hätte keiner die sichere Prognose gewagt, ob es ein 50. Festival

geben würde. Der Jubiläumsjahrgang ist nun organisiert, arrangiert und er wartet auf sein Publikum. Dass es in den letzten Jahren wieder zahlreicher in den Kinoreihen sitzt, liegt auch daran, dass man in Leipzig Geschichten und Leute sehen kann, die andere übersehen. Wie gelingt das? Der Regisseur und langjährige Leipzig-Gast Joris Ivens beschrieb den Dokumentaristen als einen Mann, der sich nicht damit begnügt, den Fluss vom Ufer aus zu fotografieren, nein, er stürzt sich in die Wogen und mischt sich ein. Auf die Frage, was wohl an die Stelle des Films treten würde, wenn es ihn plötzlich nicht mehr gäbe, antwortete ihm sein Kollege Bertolucci: „Das Leben“. Entdecken wir während der Festivaltage im Kino beides.

• MICHAEL ZOCK

Seite 3

Auf ein Wort bitte



JÜRGEN RICHTER

994. Delegierter des ver.di-Kongresses

Die Eröffnungsrede von Frank Bsirske ließ vermuten, dass sich ver.di in ihrer Rolle als außerparlamentarische Opposition weiter profilieren würde. Bei zwei binnenwirtschaftlichen Schwerpunkten hat der Kongress eindeutig Farbe gezeigt: Gesetzlicher Mindestlohn (GML) nicht unter 7,50 Euro und Eindämmung der Leiharbeit, um Lohndumping zu verhindern. Ob Müntefering für die Einführung des GML ein verlässlicher Partner ist, wage ich zu bezweifeln. Jedenfalls war die Kritik an der Konfliktpartnerschaft im weiteren Konferenzverlauf nicht zu überhören. Hoffentlich beschleunigt das eindeutige Votum des Kongresses zum GML und zur Leiharbeit die Aktivierung von ver.di und DGB für diese

Aufgaben, um die von der Wirtschaft okkupierte Politik zu Veränderungen zu zwingen.

Sehr gut fand ich die konsequente Haltung des Kongresses zu allen Arten des Rassismus, einschließlich des Antrages der Bundesjugendkonferenz zur Solidarität mit Angelo Lucifero aus Thüringen, dem sein engagiertes Auftreten gegen Rechts Polizeiaktivitäten und eine ver.di-interne Abmahnung einbrachten! Leider hat die Antragsflut den Kon-

besiegelt werden soll.

So wird z.B. mit der Solidaritätsklausel festgeschrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Dies bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Militär im Inneren der EU zur Abwendung von so genannten Terrorgefahren. Damit soll auch noch EU-vertraglich eine weitere Militarisierung der EU-Innenpolitik ermöglicht werden. Auch die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrages hat nun ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden.

Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält.

Da das „Unwerk“ nun nicht mehr Verfassung heißt, soll die Bevölkerung auch nicht mehr darüber abstimmen können.

Der Kongress war insgesamt hervorragend organisiert. Aber inhaltliche Auseinandersetzungen zu Aktivitäten, die ver.di zu einer „starken Gegenmacht zum aggressiven Marktkapitalismus“ befördern würden, sind leider zu kurz gekommen.

ver.di's Konfliktpartnerschaften

gress erheblich überfordert, zumal Innerorganisatorischem viel zu viel Raum gegeben wurde. Dafür fehlte dann die Zeit, ver.di für die innen- und außenpolitischen Themen zu mobilisieren. Es gab zwar eine Reihe von Anträgen z.B. zur Europaverfassung, die aber am Freitag Nachmittag nur „durchgestimmt“ wurden, da keine Wortmeldungen zu diesem Thema vorlagen. (Das wurde vom Kongress allerdings auch noch mit Beifall quittiert.)

Damit unterblieb aber die Sensibilisierung des Kongresses auf wirksame Aktionen gegen den EU-Reformvertrag, in dem die Aufrüstung und Militarisierung der gesamten EU

Eine neue „braune“ Eva ?

Um dieses Wortspiel in Anführungszeichen zu deuten, muss man vielleicht schon etwas Lebenserfahrung haben. Denn die wahre Eva Braun – Hitlers Techtelmechtel – ging bekanntlich mit ihrem frisch Angetrauten in den Tod. Sie war 1945 im besten Alter, attraktiv, unbelehrbar und kameraerfahren durch viele Schmalfilmaufnahmen. 62 Jahre später kocht eine andere Eva, ebenfalls im besten Alter, attraktiv, unbelehrbar und kameraerfahren, durch viel Fernsehen, diese braune Soße wieder auf. Und viele Medienköche genießen diese Rezeptur, die einfach zum Würgen ist. Die Vorgänge sind aber mehr als scheinheilig, weil dabei wieder einmal journalistische Grundregeln verletzt werden.

Der jetzt so gelobte Johannes B. Kerner, der beispielsweise schon bei der Tragödie um die Erfurter Gutenbergschule mit einem peinlichen Live-Auftritt Gänsehaut erzeugen wollte und auch beim Duell Manfred Krug, Eberhard Esche als Moderator völlig versagte, gilt nun als Retter des „Fernsehabendlandes“?

Wem fiel eigentlich auf, dass Johannes B. und Eva H. offenbar Dutzfreunde sind, sie taten es auch vor der Kamera. Er wusste also sehr genau, welch Geistes Kind er sich vor seinen Schreibtisch lud, und er weiß auch, dass es zu den Grundregeln jedes guten Gesprächs gehört, einen Gast nicht (wie geschehen) mit vier Gegnern zu konfrontieren. Zumal die Redaktion seine Kollegin schon mal eingeladen hatte. Jetzt hoffte er auf Quote, um dann mit Sena Bergers Hilfe die Sache überköchen zu lassen. Haben Sie übrigens gehört, dass Eva H. auch Applaus bekam? Sie hatte darauf bestanden, zehn Gastkarten unter ihren Anhängern zu verteilen. Sie bekam die Billetts durch die Kerner-Redaktion.

Natürlich ist Eva H. keine neue Eva B., denn sie weiß mehr und anderes über Hitler als ihre Namensvetterin. Wenn nicht ... dann ließe das tief blicken, dass sie sich lange Zeit so weit oben in den Medien als Aushängeschild platzieren konnte und erst jetzt einen Platzverweis bekam – gegen den sie natürlich juristisch vorgeht. Ist Johannes B. nun der Gutmensch, nur weil er auf dem Bildschirm – hochdotiert als Werbeträger – „Gutfried-Wurst“ genießt? Er kocht täglich, nicht nur beim ZDF-Koch-Klub, seine dünnen Süsschen über: Hitler, Hitzschlag, Hautkrebs, Hermann ... Hallöchen! Hauptsache, es sehen viele und man redet über JBK.

• JO.



Karikatur: Michael K. Dobisch



Leipziger und sächsischer Arbeitsmarkt im September

Von Aufschwung zu reden, ist gewagt

Minister Tiefensees Behauptung, der Aufschwung sei im Osten angekommen, ist ziemlich gewagt, weil undifferenziert. Die Arbeitslosigkeit sank zum August im Agenturbezirk um 2259 auf 62 825 Personen. Das entspricht immer noch unerträglichen 15,8 Prozent.

Der Leipziger Rückgang war höher als in allen anderen Agenturbezirken Sachsens und betraf alle Gruppen – auch Jugendliche. Der Stellenbestand liegt bei 5530 (ungefördert) und ist zum Vorjahr rückläufig. 9 017 Betroffene meldeten sich neu oder erneut arbeitslos, seit Januar sind es bereits 81 526 – das entspricht der Zahl vom Vorjahr.

Bei der ARGE Leipzig ging die Zahl der Betreuten zum August um knapp 1000 auf 33 157 zurück. Außerdem befanden sich in ABM 2120, in Ein-Euro-Jobs 1603 und in der Weiterbildung 1211 Bürger.

Am 11. Oktober bilanzierte die Arbeitsagentur den Ausbildungsstand. Die Bewerberzahl betrug 10 569 – etwa Vorjahreshöhe. 944 Jugendliche sind noch unversorgt, und unbesetzt sind noch 507 Stellen. Die Agentur versprach allen offenen Bewerbern ein Angebot. Dennoch steht nur für je zwei Anwärter eine reguläre Stelle bereit. Die Nachvermittlung ist angelaufen.

Im Freistaat nahm die Arbeitslosigkeit um 43 660 auf 304 226 Betroffene ab. Die Quote sank auf 13,9 Prozent. Leider sank auch das Stellenangebot stark um 18,1 Prozent, um 6473 auf 29 207 Stellen. Über die Qualität der Angebote existieren keine Aussagen.

Auf Bundesebene wurde errechnet, dass nur ca. 50 Prozent der Stellen im sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbereich liegen.

• JOACHIM SPITZNER



Falsch verstanden

Es ist schon eine Krux mit der Ironie. Wer sich ihrer bedient, darf sich nicht wundern, dass er missverstanden wird. So ist es nun auch Argus ergangen, wie aus der Zuschrift von Michael Lauter, veröffentlicht in der vorigen LN-Ausgabe, hervorgeht. Michael Lauter glaubt, dass Argus mit den „selbsternannten Revolutionären“ Bürger und SED-Genossen meint, die sich in den stürmischen 1989er-Herbsttagen aufgemacht hatten, beizutragen, jene gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen, die zu ernsthaften Hemmnissen bei der Entwicklung des Sozialismus in der DDR geworden waren.

Da kann Argus nur sagen, dass ihm bei den „selbsternannten Revolutionären“ ein solcher Gedanke fern lag und liegt. Nein, gemeint sind jene heutigen „Rufer aus Leipzig“, die mit Blick auf den zwanzigsten Jahrestag des 9. Oktober 1989 dabei sind, die historische Wahrheit zu kastrieren. Bekanntlich wollen sie in zwei Jahren dieses Datum als Siegestag feiern, an dem angeblich „70 000 Demonstranten mit dem Ruf ‚Wir sind das Volk!‘ das SED-Regime stürzten“. Argus hat sich in LN 14'07 dazu bereits geäußert.

Michael Lauter wirft in seiner Polemik aber auch Fragen auf, die es Wert wären ausführlicher diskutiert zu werden. War das wirklich eine Revolution, was sich da im Herbst 89 anbahnte? Was für einen Revolutionsbegriff liegt dieser Sicht eigentlich zugrunde? Des Weiteren, welche inneren Kräfte traten in jenen Wochen auf den Plan, und mit welchen Zielen? Wessen Interessen vertraten sie – bewusst oder unbewusst – mit ihren Forderungen? Um ein wahres Bild jener Tage und Wochen zeichnen zu können, bedürfen auch viele Fragen, die die Leipziger Montagsdemonstrationen unmittelbar betreffen, noch ihrer Antworten. Vielleicht nimmt sich ja die Rosa-Luxemburg-Stiftung dieser Thematik an, als ihren Beitrag zu 20 Jahre 9. Oktober 1989 in Leipzig. Argus kann sich vorstellen, dass nicht nur er das begrüßen würde.

(LN hat auf Seite 14 dieser Ausgabe die Diskussion mit den Zuschriften zu Kurt Schneiders Beitrag – in der Ausgabe 20'07 – „Revolutionärer Erneuerung folgende antisozialistische Konterrevolution“ bereits aufgenommen.)

Visionen von der Veränderbarkeit der Welt

50 Jahre Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilm

Das Leipziger Festival als Begegnungsort für Dokumentaristen aller Generationen hat nicht nur durch Filme, sondern vor allem auch durch Gespräche – eher die informellen als die offiziellen – und durch Retrospektiven, alljährlich als Höhepunkt des Programms veranstaltet, wesentlich daran mitgewirkt, das Erscheinungsbild des Dokumentarfilms als Bei- und Vorfilm, als Kultur- und Lehrfilm zu verändern und sein Selbstverständnis als eigenständige, neben dem Spielfilm gleichermaßen bedeutsame Filmgattung herauszubilden. Die Aufwertung des Dokumentarischen hat ganz ohne Zweifel zum Entstehen einer beachtlichen DEFA-Dokumentarfilmkultur beigetragen.

Wer aus Leipzig zurück in die DEFA-Studios fuhr, hatte damals genügend Stoff zum Überdenken eigener Positionen und zur Beurteilung der landeseigenen Kinematographie.

Leipzig vermittelte weniger künstlerische Anregungen. Hier entdeckte man die genaue soziale Beobachtung, das politische Pamphlet, erfuhr von den Vorgängen und Hintergründen, erhielt Information und Analyse.

Das Leipziger Festival, mit all denen, die dazugehörten, Menschen und Filmen, bedeutet aber noch mehr: Es war Ausdruck einer Utopie und bleibt eine Vision von der Veränderbarkeit der Welt.

CHRISTIANE MÜCKENBERGER
FILMWISSENSCHAFTLERIN



RÜCKBLENDE
50x DOKFILMFESTIVAL LEIPZIG

Der LN-Retrospektive-Tipp: WINTER ADÉ.

Während einer Bahnfahrt vom Süden der DDR zur Insel Rügen reden Frauen unterschiedlichen Alters und sozialer Herkunft über Hoffnungen, Probleme, Sehnsüchte. Zugleich thematisieren sie reale Ansprüche an die Gegenwart. Eine Dokumentation von Helke Misselwitz. (1988 Silberne Taube) Wiederaufgeführt während der diesjährigen Jubiläums-Retrospektive und nun mit anderen Augen zu sehen.

Das Leipziger Festival, ein Begegnungsort voller „Brüche und Fragen“, so charakterisierte der Festivaldirektor dieser Tage seinen Blick auf Tradition und Gegenwart dieses bedeutendsten Deutschen Dok-festivals. Hier gab es die „Wärme der internationalen Solidarität“ und den „Frost des kalten Krieges“ hautnah. Für Danielsen bleibt auch zukünftig die Qualität der gezeigten Filme wichtiger, als nach „Uraufführungen“ zu schielen. Frischen Wind, mittels Film, in erstarre Verhältnisse blasen, das sollte auch dieses Jahr wieder gelingen. Gerade beim Festivaljahrgang 2007 wird zu beobachten sein, dass die Grenzen des scheinbar festgefügt Genres Dokfilm fließend sind. Zum dritten Mal gibt es neben dem internationalen Wettbewerb wieder einen deutschen Wettbewerb. Das Publikum hat die Möglichkeit einen eigenen Preis zu vergeben. Neue Sponsoren und Unterstützer sorgen im Jubiläumsjahrgang auch dafür, dass die Preisgelder aufgestockt werden können, oft eine notwendige Voraussetzung dafür, dass Filmemacher überhaupt ein neues Projekt starten können.

Das dieses Jahr besonders viele Gäste nach Leipzig kommen ist zwangsläufig, denn das 50. ist nun mal ein solcher Anlass. Außerdem wird es ein Ausstellung mit 50 Geschichten zum 50. geben. Mal von Prominenten, mal von Unbekannten erzählt und aufgeschrieben.

• - CK

JOHN GRIERSON
REGISSEUR

Man geht heute im Dokumentarfilm viel zu sehr vom Denken und zu wenig vom Gefühl aus. Der Dokumentarfilm wird zerstört von gedankenvollen, guten ersten Leuten, die langweilige Filme drehen. Man kann sich nicht in Kunst hineinendenken, man kann sich nur hineinleben.

1960

VLADIMIR POZNER
SCHRIFTSTELLER

Von seiner Gründung an war Leipzig etwas Einmaliges: es war frei von diplomatischen und kommerziellen Zwängen. Aber jetzt in es zu einem gewöhnlichen Festival geworden. Vielleicht geht es Festivals wie Menschen: sie altern – und zeigen Abnutzungserscheinungen.

1977

HEINZ KERSTEN
FILMJOURNALIST

Als exemplarisches Dokument filmischer Geschichtsschreibung wird gewiß einmal eine Produktion des DEFA-Dokumentarfilmstudios gelten, deren Vorführung in einer Sonntagsmatinee zum Höhepunkt des Festivals wurde: „Lebensläufe“ von Winfried Junge.

1981

ANNELIE THORNDIKE
FESTIVALPRÄSIDENTIN

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in die Windstille kommen, dass wir uns nicht auf Dinge am Rande konzentrieren, dass nicht Äußeres Wesentliches überlagert. Wir dürfen nicht die Hauptstraße der revolutionären Veränderungen auf der Erde verlassen.

1982

FRED GEHLER
FESTIVALDIREKTOR

Das Leipziger Festival will Ausdruck eines geistigen Klimas sein, das hilft, die Wirklichkeit auszuhalten. Es will sensibilisieren, damit die letzten Jahre unseres Jahrhunderts und Jahrtausends nicht zur Endzeit werden ...

1996.



Dean Read singt 1974 während des Festivals im Filmkunsttheater „Casino“. Damals noch nicht die schillernde und später tragische Figur, sondern ein politisch Engagierter, der mit seiner Heimat Amerika im Clinch lag und an die Veränderbarkeit der Welt glaubt. Foto: DOK Archiv

Wenn ein Festival in die Jahre kommt

... dann ist es Zeit, zurückzublicken und die wichtigsten, umstrittensten und schönsten Filme in der diesjährigen Retrospektive noch einmal zu erleben; dann ist es Zeit, auch an die Erlebnisse und Geschehnisse zu denken, die außerhalb des Scheinwerferlichts passiert sind: In fünf Jahrzehnten gab es ein begeistertes, manchmal empörtes Publikum, wagemutige Diskussionen und restriktive Maßnahmen gegenüber kritischen Filmen, Begegnungen zwischen Leipziguern und Dokfilmern aus aller Welt.

Filmgespräche, in denen es um mehr als Kino ging – wie im Herbst 1989, als ein damals noch relativ unbekannter Michael Moore aufstand und eine Film-Diskussion mit den Worten unterbrach, man möge ihm jetzt bitte mal erklären, was da draußen eigentlich vor sich ginge.

Denkwürdige Besuche wie 1974 der von Jane Fonda, die sich nicht nur mit Vietnam solidarisierte, sondern auch mangels warmer Garderobe Leipziger Pelzmäntel tragen musste. Große Kinomomente wie die Aufführung von Michail Romms „Der gewöhnliche Faschismus“ 1965 oder Helke Misselwitz' „Winter adé“ 1988, als im Saal atemlose Stille herrschte, bevor tosender Applaus losbrach. Tränen im Kino wie sie vom Publikum der Filme von Dokfilm-Klassiker Dziga Vertov anno 1960 überliefert sind.

Dramatische Erinnerungen wie an die Verhaftungen friedlich protestierender Studenten 1981, wunderbare wie an die fröhliche Besetzung des ehemaligen Casino-Kinos 1997, schräge wie die DT64-Protest-Aktion 1991 – und es gibt unendlich viele große und kleine Geschichten, die am Rande des Festivals passiert sind – möge sich jeder anno 2007 an seine eigenen Begegnungen mit Filmen und Festivalbesuchern erinnern ...

• M. Z.

Hilfe: „Rattenfänger“

Verbale Entgleisung des Leipziger CDU-Stadtrates Achminow



Stand der Unterschriftenaktion per 15. Oktober 20 035



Sechs Wochen nach Start am Nikolaikirchhof hat die Bürgerinitiative „Stopp den Ausverkauf unserer Stadt“ bisher über 20 000 Unterschriften gesammelt. Dieses Begehren trifft offenbar den Nerv vieler Leipziger. Oft wird nicht nur einfach unterschrieben, sondern auch nachgefragt und diskutiert. 21 000 Unterschriften sind nötig! „Wir sind jetzt sehr zuversichtlich, dass wir die erforderliche Unterschriftenzahl erreichen werden“, äußerte sich Wolfgang Franke, Mitinitiator des Begehrens gegenüber LEIPZIGS NEUE. „Es ist wichtig, unsere Demokratie immer wieder mit Leben zu erfüllen. Die Leipzigerinnen und Leipziger wollen ihre Geschicke auch auf dem Weg der direkten Demokratie in die Hand nehmen und bei Entscheidungen mit so weitreichender Bedeutung für die Zukunft der Stadt selbst mitbestimmen.“

Die Initiative wird – wie von Anbeginn formuliert – weiterhin parteienübergreifend das Gespräch mit

allen daran interessierten Bürgerinnen und Bürgern führen und suchen.

„Bezugnehmend auf inhaltsfreie, polemische und deshalb bedauerliche jüngste Entgleisungen von Herrn Achminow (CDU), in welchen er die Initiatoren des Begehrens als ‚Rattenfänger‘ bezeichnet, möchten wir noch einmal auf diesem Weg unser Gesprächsangebot an Fraktionen und Ortsverbände aller Parteien heranziehen.“

Sehr gern stellen wir das Anliegen und die Argumente der Initiative vor und stellen uns einer sachlichen Diskussion. Nur wer miteinander diskutiert, kann sich ein Bild von seinem Gegenüber machen“, so Mike Nagler, Mitinitiator des Bürgerbegehrens.

Die Bürgerinitiative hat sich vorgenommen, und das scheint zunehmend realistisch, bis Mitte des Monats November die erforderlichen Unterschriften zur Einleitung eines Bürgerentscheides zu sammeln.

Bürger an Bundestag

Die (bisher 1000) Unterzeichner der Petition fordern die VERGESSELLSCHAFTUNG UND KONTROLLE DER ENERGIEKONZERNE.

„... dass unverzüglich geeignete Schritte eingeleitet werden, um es den Energieversorgern unmöglich zu machen, die Endabnehmerpreise weiter exorbitant steigen zu lassen,

‘ Gesetz(e) zur Überführung der Energiebetriebe in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu erlassen,

‘ die Einführung effizienter Kontrollstrukturen und -mechanismen in den überführten Unternehmen umzusetzen sowie die direkte Wahl von Aufsichtsräten durch die Bürger.

Zum Hintergrund:

Der Bevölkerung ist es nach Meinung der Unterzeichner nicht mehr zuzumuten, die überzogenen Preise der Energiewirtschaft zu bezahlen. Weder mit dem Hinweis auf die Weltmarkt-Preise noch in den Begründungen der Versorger und der „Kontrollinstanzen“ wird der Preisanstieg ausreichend und nachvollziehbar erklärt.

Auch der Verweis auf die Energiebörse ist dafür kein geeignetes Mittel, da die Versorger selbst die Verkäufe an der Energiebörse in Preis und Menge regeln. Sie können dadurch auch noch die Höhe des Strom-Einkaufspreises bestimmen.

E.on, RWE, EnBW und Vattenfall wurden in wenigen Jahren zu den vier flächendeckenden

Strommultis. Statt der versprochenen Senkung der Endverbrauchspreise nach den Privatisierungen und durch „mehr Wettbewerb“ stiegen die Preise seit dem Jahr 2000 um über 32 Prozent. Alle Bürger sind betroffen – Privatpersonen und Industriekunden. In Deutschland gibt es sehr viele Menschen, die auch nicht so ohne weiteres den Energieversorger wechseln können – meist, weil sie von jedem Versorger abgelehnt werden, da diese sich heute immer mehr wie Banken oder Darlehensgeber verhalten; zahlreiche Bürger, die ALG II-Bezieher, Alleinerziehende, Rentner oder prekär Beschäftigte sind, sitzen sehr oft in der Schuldenfalle.

Eine Wiederverstaatlichung der Energiekonzerne ist ohne weiteres möglich. Gemäß § 15 des Grundgesetzes der BRD können „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel ... zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden...“

Die Besetzung von Aufsichtsratsposten ist ein fester Bestandteil des Parteienfilzes geworden, der vielerorts die ehemaligen Staats- oder Landesbetriebe erst in die Unwirtschaftlichkeit oder gar in die Pleite führte, damit dann deren Privatisierung durchgeführt werden konnte. Nach der Überführung der Unternehmen in Gemeineigentum sind daher völlig neue Kontrollstrukturen und -mechanismen vonnöten, wie Bürger- oder partizipative Haushalte als direkte Art von transparenter und mitbestimmter Bürgerbeteiligung sowie direkte Wahlen der Aufsichtsräte durch die Bürger. • JO.

Grau, dunkel, schwarz ...

... färbte sich an einem Sonntagnachmittag der Himmel über Leipzig. Die Wolke konnte einen schon verunsichern. Leute telefonierten, gingen aus dem Haus, schauten nach oben, waren ratlos. Das Radio reagierte auch nicht gleich und der Videotext ließ sich noch mehr Zeit. War es eine Wetter- oder eine Rauchwolke?

Die Frage ist inzwischen geklärt, menschliche Abfälle brannten unübersehbar qualmend auf einem Leutzscher Industriegelände.

Eigentlich klingt es ganz alltäglich, aber so ganz geheuer war die Sache dann doch nicht, denn es kamen erste warnungen, die Fenster bitte zu schließen.

Einfache Erkenntnis: Sehr schnell kann der Alltag sich „verfärbt“... an einem zunächst strahlenden Nachmittag

Euer
Lipsius



Jeder Tag ist für uns „Tag der offenen Moschee“

Am ersten Oktober-Mittwoch fand zum mittlerweile zehnten mal der Tag der offenen Moschee statt. Ein Jubiläum also, als – ebenso wie Moscheen in ganz Deutschland – die Al-Rahman Moschee in der Leipziger Roscherstraße ihre Pforten öffnete und Imam Hassan Dabbagh zum Gespräch lud.

Seit 1997 gibt es nun diesen Tag. Doch in diesem Jahr ist er etwas besonderes, nicht nur wegen des kleinen Jubiläums, sondern vor allem, weil er in den Ramadan, den heiligen Fastenmonat – eine der fünf Säulen des Islams – fällt. Im Ramadan enthalten sich die Muslime vom Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang der Nahrung, des Tranks und allen anderen Dingen die eine Ungültigkeit des Fastens nach sich ziehen würden.

Die Besichtigungen der versteckt liegenden und sehr kleinen Al-Rahman Moschee dauerten kaum 15 Minuten, man konnte sich dabei mit Gemeindefmitgliedern unterhalten, ihnen Fragen zum Leben mit den Islam stellen. Das wichtigste und wahrscheinlich interessanteste Ereignis an diesem Tag war jedoch der sich anschließende Vortrag über den Islam und über die Frage, ob jeder Tag ein Tag der offenen Moschee sei. Imam Dabbagh lud die Besucher ein, ihm ohne Rücksicht alle Fragen zu stellen, die sie auf den Herzen haben. Ein Angebot, das auch in diesem Jahr gern und reichlich wahrgenommen wurde.

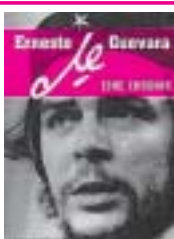
Eine Besucherin wollte wissen, wie es sein kann, das ein Muslim einem anderen versprechen könne, er komme ins Paradies, wenn er sich in die Luft sprengt. Der Imam, der diese Frage wie viele andere zum Thema „islamistischer Terrorismus“ bestimmt nicht zum ersten Mal beantwortet hat, stellte klar, dass außer Allah niemand das Recht habe, einen anderen Menschen das Paradies zu versprechen. Dem Imam war es wichtig zu verdeutlichen, dass die Taten Einzelner, die den Islam falsch interpretieren, nicht auf den Islam und die islamische Gemeinschaft projiziert werden dürfen.

Ein andere, ebenfalls häufig gestellte Frage war die nach der Stellung der Frau im Islam. Eine junge Besucherin reagierte auf die Antwort des Imams, dass Frauen für die Muslime „Königinnen“ seien mit Lachen. Doch er erklärte, dass eine Frau für einen Muslim drei Dinge sein kann: Die Mutter, die Tochter oder die Schwester (in religiöser wie verwandtschaftlicher Sicht). Alle drei müssen verehrt werden. Das schändliche Verhalten mancher Männer gegenüber Frauen hat dagegen nichts mit dem Islam zu tun.

Am beeindruckendsten war, dass der Imam auf die Frage eines Christen über die „Ungläubigen“ antwortete, dass es keine „Ungläubigen“ gäbe. Selbst Atheisten hätten ihren Glauben, auch wenn es kein religiöser sei. Beeindruckend fand ich diese Antwort, weil Imam Hassan Dabbagh in den Medien oftmals als streng konservativ, ja sogar als fanatisch dargestellt wird. Nach dieser Diskussion und den umsichtigen Erklärungen wird wohl kaum ein Gast dieses mediengeprägte Bild vom Leiter der größten muslimischen Gemeinde Ostdeutschlands bestätigen. Dennoch, das LKA und der sächsische Verfassungsschutz sind stetige „Zuhörer“ des Imams.

Nach dem traditionellen Fastenbrechen nach Sonnenuntergang mit einer Dattel und einem Schluck Wasser konnte man Muslime und Muslimas noch beim Gebet erleben, bevor ein erfolgreicher Tag der offenen Moschee mit einem gemeinsamen Abendessen und gemütlichen Gesprächen zu Ende ging. Das dabei gereichte Essen wurde im Übrigen von den Männern der Gemeinde gekocht.

• SANDRA WOLF



LN lädt ein zur Lesung mit **Peter Jacobs** am 25. 11. 10 Uhr und Buchverkauf



Siehe LN 20'07

Das Kapital ist da und für **65,00 Euro** über unsere Redaktion zu beziehen.

Auf die Plätze ... für ein neues Sportmuseum ... fertig ... los ? !

Im Jahre 1977 öffnete in Leipzig das Sportmuseum. 30 Jahre Sportmuseum ist eigentlich Anlass genug zu feiern. Da auch meine Fraktion keine Einladung bekommen hat, gehe ich davon aus, dass die Feier ausgefallen ist.

Wahrscheinlich haben die Verantwortlichen (Mitarbeiter und Förderverein) andere Sorgen. In der Tat, das Museum hat schon bessere Tage erlebt. So gab es Jahre, in denen Besucherströme durch die Museumsräume auf der Dammkron des Zentralstadions wandelten, um die einzigartigen Exponate einer vielfältigen Leipziger Sportgeschichte und darüber hinaus zu bestaunen. Mit der Schließung der Dauerausstellung im Jahre 1991 stand das Museum vor dem Aus. Dass es das Sportmuseum heute noch gibt, ist vor allem dem Einsatz des im selben Jahr gegründeten Fördervereins „Sächsisches Sportmuseum Leipzig e.V.“ zu verdanken.

Seitdem erlebt das Museum allerdings eine Odyssee. Die Exponate wurden an fünf verschiedene Orte ausgelagert. Seit 1996 sind sie im Keller des Olympiastützpunktes, nicht zugänglich für die Öffentlichkeit, aufbewahrt.

Da liegen richtige Schätze, wie z. B. Turn- und Sportgeräte aus dem 19. Jahrhundert, das Rad von Tave Schur, mit dem er 1958 Weltmeister wurde oder auch die Ausrüstung von Jens Lehmann mit der er 2000 in Sydney Olympiasieger wurde. Schätze, die darauf warten, gehoben zu werden. Zeitweise erblicken sie das Licht der Welt und zwar immer dann,



Noch ist es Zukunftsmusik: Gebäudeansicht vom Stadionvorplatz mit Eingangsbereich.
Montage: Stadtgeschichtliches Museum

wenn die Exponate als Leihgabe in alle Welt gingen oder wenn viel beachtete Sonderausstellungen in Leipzig stattfanden. Insgesamt ist diese Situation äußerst unbefriedigend.

Der Stadtrat hat sich 1999 ausführlich mit dieser Problematik befasst und die Stadtverwaltung beauftragt, nach geeigneten Räumlichkeiten für eine Dauerausstellung zu suchen. Elf Standorte wurden geprüft und aus den verschiedensten Gründen – zu teuer, schlechte Anbindung, als Museum ungeeignet – wieder

verworfen. Als akzeptabler Standort ist die Nordtribüne des abgerissenen Schwimmstadions einschließlich der Kassenhäuschen mit einer Fläche von 1800 m² übrig geblieben. Da meine Fraktion immer das Sportforum als beste Museumsanlage für ein Sportmuseum angesehen hat, sind wir sehr für diesen Standort.

Dieses Gebäude, das in letzter Minute vor dem Abriss gerettet wurde, ist sowohl in seiner architektonischen Funktion als auch mit seiner sporthistorischen Rele-

vanz, seiner Verkehrsanbindung und seiner Zentrumsnähe ein idealer Standort.

Allerdings muss schnellstens etwas gegen die eindringende Nässe und gegen Vandalismus getan werden. 75 000 Euro stehen für die Notsicherung zur Verfügung. Hervorzuheben ist, dass der Förderverein gemeinsam mit dem Verein „Leipzig one family“ mit 20 000 Euro die Sicherungsmaßnahmen mitfinanziert. Jetzt wird ein erster wichtiger Schritt nach einer unendlich scheinenden Geschichte getan. Wir haben nun eine Hülle und wir haben ein hervorragendes Konzept, das diese Hülle füllen wird. Ich bin überzeugt davon, dass wir entsprechend der Leitidee im zukünftigen Museum „Sport – anders sehen und neu erleben“ werden. Dabei ist uns bewusst, dass wir noch nicht über den Berg sind. Bis zum Baubeginn 2008 sind noch wesentliche Voraussetzungen zu schaffen. Insbesondere geht es darum, Fördermittel zu akquirieren. Ich bin aber überzeugt davon, dass mit der heutigen Grundsatzentscheidung im Rücken das engagierte Team um Dr. Rodekamp, Frau Dr. Rohr und Herrn Metz die nächsten Schritte konsequent angehen wird, zumal sie vom Förderverein und den Bürgern von Leipzig auch weiterhin eine starke Unterstützung erfahren werden. Insofern ist derzeit vielleicht noch kein Anlass zum Feiern. Aber es kann schon mal angestoßen werden

• RÜDIGER ULLRICH
STADTRAT DIE LINKE

Kinder in Uniform?

Gedanken zur Fernseh-Dokumentation des MDR „Geh voran Pionier“

Als Anfang des Jahres vom MDR Zeitzeugen gesucht wurden, die von ihren Erlebnissen und Erfahrungen mit der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“ erzählen möchten, war ich eine der ersten die sich meldete. In meinem Leben hat mich die Pionierorganisation viele Jahre begleitet. Als Jungpionier trug ich voller Stolz das blaue Halstuch, war voller Erwartung, wenn ich zu Veranstaltungen in das Leipziger Pionierhaus „Georg Schwarz“ ging, sammelte Unterrichtsmaterialien für die Kinder in Kuba, malte Blumen für den eingekerkerten Mikis Theodorakis, sammelte mit Feuereifer Altpapier und Flaschen, erlebte manches Abenteuer in den Sommerlagern. Im Freundschaftsrat habe ich meine ersten Erfahrungen im Organisieren, Verantwortung tragen und Entscheidung fällen gemacht. So war es für mich an- und aufregend, dass mein Lebensweg weiter mit dieser Organisation verbunden sein könnte.

Nach dem Studium (am Institut für Lehrerbildung) war ich unter anderem Freundschaftspionierleiter in Leipzig und in der Pionierrepublik. Mein beruflicher Weg führte auch ins „Haus der Pioniere“, wo ich einst mit Herzklöpfen und voller Vorfreude zu Veranstaltungen ging und danach ein Menge zu erzählen wusste.

Nun hatte ich also die Möglichkeit, von meinen Erfahrungen vor laufender Kamera zu berichten. Mein Optimismus wurde etwas getrübt, als ich noch weitere ehemalige Mitsstreiter aus der Pionierzeit ansprach, da der Regisseur Michael Erler mich darum bat. Von vielen musste ich hören, dass sie Angst um ihre Arbeit hätten, wenn sie sich outen würden, einige wollten von der Vergangenheit nichts mehr wissen, einige waren sehr skept-



tisch, was so eine MDR-Dokumentation letztlich dem Zuschauer bringen sollte.

Ich denke aber, wer wenn nicht wir, die diese Zeit hautnah erlebt haben, sollte den Kindern und Jugendlichen heute darüber erzählen. Wofür sollen wir uns schämen? Die Drehzeiten dauerten für mich zwei Tage. Am ersten Tag führen wir, der Regisseur, Kameramann und Ton-techniker zu einigen Stationen meines Pionierlebens, um vor Ort Fragen des Regisseurs zu beantworten. Am zweiten Tag wurde über eine Stunde in einem Studio das Interview gedreht. Die Fragen waren nicht abgespro-

chen, ich antwortete spontan und dabei kehrte die Begeisterung wieder, die mich in den Jahren meiner Pioniertätigkeit immer begleitet hat.

Voller Spannung wurde nun der Sendung des Films entgegengefiebert. Meiner Meinung nach ist es Michael Erler gut gelungen, im Film die vielfältigen Seiten der Pionierorganisation aufzuzeigen. Die Berichte ehemaliger Schüler zeigten, dass in diesen Zusammenkünften viel getan wurde, um für die Kinder tolle Erlebnisse zu schaffen und sie auf das spätere Leben vorzubereiten. Wenn sogar eine Pfarrerstochter sich heimlich ein Halstuch ausleiht, weil sie gern dazugehören möchte, ihre Eltern es ihr aber verboten haben, deutet das auch Konfliktstoff an? Es ist schade, dass nach der Wende die guten Erfahrungen, die unsere Pionierleiter in ihrer Tätigkeit gesammelt haben, wenig genutzt und viele in die Arbeitslosigkeit ohne Aussicht auf eine pädagogische Arbeit abgeschoben wurden. Die Toleranz, die einige Kritiker im Film von den damaligen Funktionären einforderten, fehlt in der heutigen Zeit unter anderem bei der Beurteilung der Pionierorganisation.

Wenn in Leipzig das Schulmuseum die Schüler aufruft zu einem Projekt „Großeltern in der HJ – Eltern in der Pionierorganisation – Kinder in Uniform“, Erkenntnisse zusammenzutragen zu einem unterrichtergänzenden Schulbuch, dann empfinde ich das mehr als fragwürdig. Sehen Sie es anders? Es würde mich freuen, wenn meine Gedanken zur Diskussion anregen könnten.

• PETRA RADTKE

Seit einiger Zeit tummeln sich in Sachsen die NPD und mit ihr verknüpfte Kameradschaften. In der Freiburger Gegend beispielsweise treibt der ehemalige NPD-Vorsitzende Deckert sein Unwesen. Ein Schulungszentrum soll entstehen. In Meerane wurde ein Brandanschlag auf einem in Rollstuhl sitzenden Menschen verübt.

Überfälle auf anders Aussehende und anders Denkende waren an der Tagesordnung. Als 30 – 40 antifaschistische Bürger ein „Bündnis für Menschenwürde – gegen Rechtsextremismus im Landkreis Mittweida“ gründeten, mussten sie von mehreren hundert Polizisten geschützt werden. Die Hochschule in Rosswein, sehr offen für die Bürger in all ihren Veranstaltungen, wagte sich nicht, für ein Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen Ausschwitzhäftling öffentlich zu werben.

Jetzt wurden Politik und Politiker endlich aktiv: Bundesfördergelder erhielt Mittweida nicht. Der Antrag war durchgef-

Unter der Überschrift „Gauck will Sachsens CDU in Kampf gegen Rechtsextremismus einbinden“ zitiert die Chemnitzer Freie Presse Joachim Gauck. Und der meinte, um ein breites Bündnis gegen Neonazis zu schmieden, müsse schon einmal über die Aufschrift eines Aufklebers diskutiert werden: „Die Linken sagen: Nazis raus. Aber wohin? Ins Konzentrationslager? Ins Umerziehungsheim? Das können wir als Demokraten nicht wollen.“ Dazu erklärt der Vorsitzende der Landtagsfraktion der LINKEN, Dr. André Hahn u. a.:

Herr Gauck verunglimpft die Linken als Undemokraten und schreckt dabei nicht einmal vor einer Fälschung zurück. Denn der seit Anfang der neunziger Jahre von der PDS verbreitete Aufkleber fordert „Nazis raus aus den Köpfen“ und sagt damit unmissverständlich, wie

„Herr Hitler“ besucht Karikaturenausstellung

Ich unterzeichne das Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Name	Vorname	Anschrift	Unterschrift	Tätigkeit
André	Hahn	Sächs. Landtag Landtag	[Handwritten Signature]	Landtagsabgeordneter

len. Das Land Sachsen und der „Verein gegen Extremismus“ sprangen ein. Auch der Verein „Brennpunkt e. V.“ und unsere Jugendgruppe der VVN-BdA stellten Angebote zur Verfügung und wurden vom Landratsamt bestätigt. Allerdings müssen wir selber Schulen suchen, die unsere Angebote möchten! Die Stadtverwaltung Mittweida hat am 29. September einen Projekttag „Welt-

offenes Mittweida“ veranstaltet. In einem Rahmenprogramm wurden verschiedene Vorträge und Ausstellungen im Vorfeld veranstaltet. Wir haben uns mit der Karikaturenausstellung „Deutschkunde“ von „fifty-fifty“ beteiligt. Unter anderem sammelten wir am 29. September Unterschriften für den VVN-Antrag zum NPD-Verbot.

Die Angebote an diesem Tag waren sehr

gemischt. Aber schon in der ersten Podiumsdiskussion lief es aus dem Ruder. Zu viel wurde verniedlicht und verharmlost. Nach einer Stunde begann der Horror. Die Nazis waren da, ganz offen. Grinsend, das Ganze auslachend, Bierbecher in der Hand. Und vor allem geduldet von den Veranstaltern. „Sind doch nur dumme Jungs“, war die verbreitete Meinung. Selbst nachdem sich einer der Neonazis in die No-NPD Liste mit dem Namen Hitler eintrug und als Tätigkeit „Ausländerjäger“ angab, änderte sich nichts. Sogar ein Polizeibeamter tat es als Dummheit ab.

Wir haben den Tag trotzdem genutzt: Mit Schülern und Lehrern Kontakt geknüpft. Unsere Angebote über Gedenkstätten der NS-Zeit und Zeitzeugengespräche wurden angenommen.

Mittweida wir kommen wieder – jetzt erst recht!

• MONJA HEINZIG

Dr. Hahn, Fraktionsvorsitzender der Linken im Landtag:

Gauck verunglimpft Linke bodenlos unverschäm

wir den Rechtsextremismus bekämpfen wollen: durch Bildung, durch Aufklärung, durch finanzielle Unterstützung von Projekten, die in diesem Sinne wirken.

Das antifaschistische Engagement der LINKEN in einen Zusammenhang mit den Konzentrationslagern der Nazis und Umerziehungsheimen diktatorischer Regime zu bringen, ist eine bodenlose Unverschämtheit und eine ungeheuerliche politische Instinklosigkeit. Wer so LINKE und Nazis faktisch in einen Topf wirft, taugt nicht zum Fürsprecher für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts, sondern dokumentiert damit nur ganz persönlichen erheblichen Bildungsbedarf.

Hätte sich Herr Gauck erst

informiert und dann geredet, wüsste er, dass nicht zuletzt in Dresden LINKE und CDU wiederholt gemeinsam zum Bürger-Protest gegen Nazi-Aufmärsche aufgerufen haben. Diese Gemeinsamkeit der Demokraten hat bundesweit Aufmerksamkeit und Anerkennung gefunden.

Dass sich in einigen Regionen Sachsens örtliche CDU-Verantwortungsträger solcher Gemeinsamkeit beim Kampf gegen Rechtsextremismus entziehen, ist ein ernstes Problem, dem sich gern auch Herr Gauck widmen möge.

Dieses Problem aber löst man nicht durch Beschimpfung der LINKEN. Erfolgreicher Kampf gegen Rechtsextremismus sieht anders aus, als sich das Herr Gauck wohl denkt.

Neue taktische Spielchen der Koalition der Vertuschung

LN: „Wer die Aufklärung der Akten-Affäre im Untersuchungsausschuss blockiert, braucht nicht im Innenausschuss über Konsequenzen zu reden“, kommentiert die Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN im Sächsischen Landtag, Caren Lay eine entsprechende Verlautbarung von CDU und SPD. Gewiss sei nichts dagegen einzuwenden, wenn sich der Innenausschuss der prekären Angelegenheit widmet, dennoch sei die Art der Verkündung ein Ablenkungsmanöver. Denn Grundlage der avisierten Konsequenzen ist ein Prüfbericht, der lediglich auf der Auswertung von Aktenbruchstücken und der Vernehmung eines einzigen Mitarbeiters des zuständigen Verfassungsschutz-Referats beruht. Der vorrangige Ort für die Aufklärung des politischen Versagens beim Umgang mit den Ver-

fassungsschutz-Akten über mutmaßliche kriminelle Netzwerke aber ist, so bekräftigt Lay, der Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtags. Der hat dieser Tage ca. 30 Seiten Prozess- und Ermittlungsakten erhalten – und ist somit trotz Totalblockade der Regierung wieder arbeitsfähig geworden. Über mögliche Fehler des Verfassungsschutzes aber könnten sich die Abgeordneten erst ein objektives Bild verschaffen, wenn endlich die blockierten 15 600 Seiten Verfassungsschutzakten dem Untersuchungsausschuss übergeben werden.

Außerdem so Lay: „Wenn CDU und SPD die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes verbessern wollen, stellen wir gerne den Gesetzentwurf zur Verfügung, den die Linksfraktion bereits im Mai in den Landtag eingebracht hat.“

1. Oktober

Chemnitz: Im Programm des Kinderfilm-Festivals „Schlingel“ stehen 75 Produktionen aus 32 Ländern, darunter zwei Weltpremieren. Über die Preise im Gesamtwert von 20 000 Euro entscheidet eine Jury aus Kindern und Jugendlichen.

4. Oktober

Leipzig: In den Betrugsskandal um Krebsmedikamente sind auch zwei Pharma-Großhändler aus dem Raum Leipzig verwickelt. Bei den Händlern wurden billig eingekaufte Präparate aus Dänemark gefunden, die in Deutschland nicht zugelassen sind. Sie seien zum Preis von teuren zugelassenen Medikamenten verkauft worden. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft ermittelt bundesweit gegen mehrere Händler und über 100 Apotheken

5. Oktober

Dresden: Der neue Campus der Dresdner Palucca-Schule ist eröffnet. In drei Jahren Bauzeit wurde die Tanzhochschule komplett umgestaltet und erweitert. In den neuen Gebäuden gibt es elf Tanzsäle mit Klimaanlage, Fußbodenheizung und Schwingböden. Zudem Physiotherapie- und Fitnessräume, Internat, Mensa, Se-

SACHSEN-CHRONIK

(1. Oktober bis 14. Oktober)

minarräume, Bibliothek und ein kleines Theater mit 750 Plätzen.

Chemnitz: Die Autobahn 72 wird weiter gebaut, nachdem drei Klagen gegen das Projekt zurückgezogen wurden. Der nächste Abschnitt von Rathendorf bis Penig ist 12,4 Kilometer lang und kostet 91 Mio. Euro. Die gesamte Strecke bis Leipzig soll 2010 fertig sein.

7. Oktober

Lichtenau: Ein vermisster Jäger ist im Landkreis Mittweida auf unbekannte Weise zu Tode gekommen. Nach Angaben der Polizei war der Mann mit Brustverletzungen auf einem Feld gefunden worden. Eine Obduktion wurde angeordnet.

10. Oktober

Dresden: Das Programm für das Dixielandfestival im kommenden Jahr steht. Wie Festivalchef Schlese sagte, werden 30 Bands und Musiker aus acht Ländern

erwartet. Geplant seien 40 Veranstaltungen, darunter ein großes Finale auf der Pieschener Allee. Das Festival findet vom 14. bis 18. Mai 2008 statt.

Kriebstein: Die umstrittene Brücke über das Zschopautal wird nicht gebaut. Die geplante 320 Meter lange und 60 Meter hohe Brücke sollte die marode Staatsstraße ersetzen, die nicht ausgebaut werden kann. Denkmalschützer und Einwohner in Kriebstein protestierten jedoch dagegen. Sie argumentierten, der Brückenbau schädige die Bausubstanz der Burg.

11. Oktober

Leipzig/Halle: Startende Flugzeuge dürfen den Westen von Leipzig auch weiterhin nicht überfliegen. Die örtliche Fluglärmkommission teilte mit, das Bundesverkehrsministerium habe noch nicht über die neue Route entschieden.

12. Oktober

Leipzig: Die Lokführer haben mit ihrem Streik den Nahverkehr in Sachsen weitgehend zum Erliegen gebracht. In Leipzig fielen 90 Prozent der Züge im Schienennah- und Regionalverkehr aus.

13. Oktober

Leipzig: Auf dem Gelände eines Wertstoffhandels im Leipziger Stadtteil Leutzsch ist am Nachmittag ein Großbrand ausgebrochen. Auf einer Fläche von 700 mal 30 Metern standen Plastikflaschen und Altpapier in Flammen. Die Rauchwolke war in der ganzen Stadt zu sehen. Die Feuerwehr versuchte ein Übergreifen des Feuers auf angrenzende Hallen zu verhindern. Die Brandursache ist nicht bekannt. Messungen ergaben, dass für die Bewohner keine Gefahr bestand.

14. Oktober

Dresden. Die Rochade im sächsischen Regierungskabinettt ist in vollem Gange. Michael Saguma (CDU), der einstige Regierungssprecherer von Kurt Biedenkopf, wird wiederernannt und ab 7. November Chef der Staatskanzlei. Der derzeitige Ämterwechsel ist eine Konsequenz aus der Geheimdienstaffäre und aus dem überstürzten Verkauf der Sachsen-LB.

Eiskalter Wirtschaftskrieg

Kampf der Nordmeer-Anrainerstaaten um Besitzansprüche

Seit Jahren versuchen die Anrainerstaaten des Polarmeeres ihre Ansprüche auf die Ausbeutung der unter dem Meeresboden vermuteten Bodenschätze völkerrechtlich festzuschreiben. Außer Zinn-, Mangan-, Gold-, Nickel-, Blei-, Platin- und Rohdiamantenvorkommen in großer Menge werden dort auch bis zu 25 Prozent der globalen Erdöl- und Erdgasvorräte vermutet. Deren Erschließung ist jedoch zur Zeit noch zu kostspielig, da das Polarmeer nur an drei Monaten im Jahr per Schiff zugänglich ist. Auf Grund der anhaltenden Erderwärmung nehmen Klimaforscher jedoch an, dass das Eis bereits in zwanzig Jahren so weit geschmolzen ist, dass die Arktis ganzjährig zu befahren ist. Diese Aussicht hat in den Anrainerstaaten Russland, USA (Alaska), Kanada, Dänemark (Grönland) und Norwegen, deren Grenzen im Polarmeer aufeinander treffen, intensive Forschungen ausgelöst, die bisher von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieben. Bei diesen Aktivitäten geht es darum, wer die unter dem Boden des Polarmeeres vermuteten Bodenschätze ausbeuten darf, wobei die Schürfrechte von der Ausdehnung des Festlandsockels vor der jeweiligen Küste abhängen.

Festlandsockel

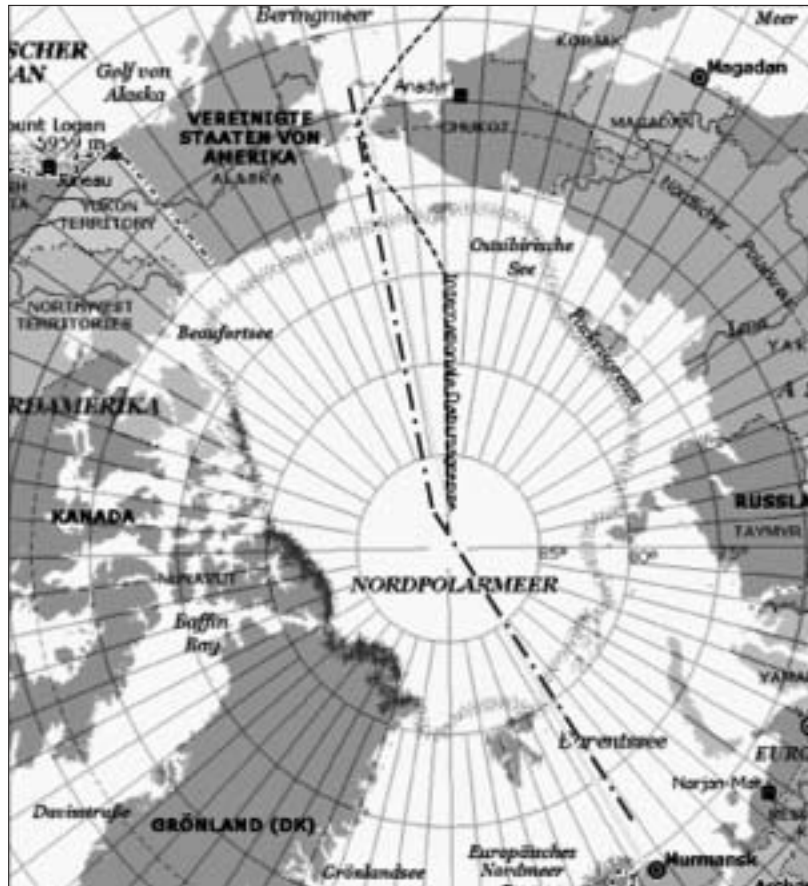
Der Begriff des Festlandsockels wurde in der UN-Konvention über das Seerecht von 1982 geregelt. Danach erstrecken sich, ausgehend von der Küstenlinie, die Hoheitsgewässer auf 12 sm (Seemeilen), eine Anschlusszone mit Kontrollrechten auf 24 sm, sowie eine ausschließliche Wirtschaftszone auf 200 sm. Gleichzeitig ist aber im Seerechtsübereinkommen (SRÜ) von 1982 festgeschrieben, dass für die wirtschaftliche Ausbeutung des Meeresbodens der Festlandsockel maßgeblich ist, also die Fortsetzung des Festlandes unter Wasser. Der Festlandsockel kann über die eigentliche Wirtschaftszone weit hinausreichen. Nach Artikel 76 SRÜ ist in diesem Fall deren Ausweitung auf den gesamten Festlandsockel möglich. Die



Russisches Forschungs-U-Boot Mir

konkurrierenden Staaten versuchen daher nachzuweisen, dass das Gebiet unter dem Nordpol geologisch zu ihrem Festlandsockel gehört.

Russland hat Anfang August in einer spektakulären Aktion mit Hilfe zweier Forschungs-U-Boote (Mir 1 und Mir 2) Gesteins- und Wasserproben aus 4000 Meter Tiefe am Nordpol entnommen und will damit seine Ansprüche untermauern. Wenn durch diese Proben nachzuweisen ist, dass der Mendelejew- und der Lomonossow-Rücken geologisch zum Festlandsockel gehören, kann Russland seinen Anspruch auf die Ausbeutung von Boden-



Nordpolarmeer: Die Linie (Strich-Punkt) Tschukotka-Nordpol-Murmansk grenzt die russische Interessensphäre ab.

schätzen in einem G-ebiet von 1,2 Millionen Quadratkilometern in dem Dreieck Tschukotka-Nordpol-Murmansk (s. Karte) untermauern.

Inzwischen haben auch die USA einen Eisbrecher ihrer Küstenwache zu einer Expedition in die Arktis entsandt, um ihrerseits Präsenz in diesem umstrittenen Gebiet zu zeigen.

Dänemark will mit einer eigenen Arktis-Expedition seinen Anspruch auf die vermuteten Bodenschätze untermauern. Sie soll Belege liefern, dass die unterseeische Arktis-Gebirgskette zu Grönland und damit zu Dänemark gehört. Auf Grund dieser geologischen Besonderheit gilt Grönland als entscheidendes Faustpfand der EU im Kampf um die Arktis.

Die Erdöl- und Erdgasfelder in den Schelfgebieten südlich des Polarkreises werden bereits heute, vornehmlich von Norwegen und den USA (Alaska), ausgebeutet.

Arktis-Strategie

Die Rohstoffe unter dem Packeis böten



Erdölraffinerie am Polarkreis bei Hammerfest

Foto: Fiebelkorn



Ist das bald typisch für das Polarmeer?

Foto: Fiebelkorn

Verfügung stehen müsse. Auf einer Berliner Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hieß es bereits im Januar 2006, die norwegische Arktis-Region sei „Europas neue Erdölprovinz“. Ein Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) prognostizierte, Deutschland werde bald Abnehmer von 50 Prozent aller norwegischen Gasexporte sein. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Georg Boomgard, bekräftigte die deutsche Absicht, langfristig mit Norwegen zu kooperieren und Außenminister Steinmeier forderte Mitspracherechte bei der Ausbeutung der norwegischen Energievorräte in der Arktis.

Die deutsche Außenpolitik verfolgt gegenwärtig zwei Wege, um Zugang zu den arktischen Ressourcen zu erhalten. Der eine führt über Grönland, das – obwohl es aus der EU ausgetreten ist – weiter ein Teil Dänemarks ist und somit dem Zugriff über die EU weiter offen steht. Eine angekündigte Reise des EU-Kommissionspräsidenten

Barroso nach Grönland unterstreicht das Interesse der EU an einer „stärkeren europäischen Präsenz in den hohen Breiten“.

Ein weiterer erfolgversprechender Weg ist die direkte Kooperation mit Norwegen. Dazu gibt es bereits seit mehreren Jahren intensive Kontakte auf diplomatischer Ebene. Daneben sind deutsche Unternehmen bereits an der Ressourcenförderung vor der Küste Norwegens beteiligt. Ende August tagte unter Vorsitz der beiden Außenminister ein deutsch-norwegisches

Unternehmensgremium, um konkrete Kooperationen im Energie-sektor zu planen.

Deutsche Energiekonzerne haben sich längst Konzessionen für norwegische Lagerstätten gesichert. Der Energieriese RWE besitzt eine norwegische Bohrkonzession in drei Gebieten der Barentsee, wo große Gasvorkommen vermutet werden. EON will ebenfalls an den Nordpol. Das Unternehmen hat vom niederländisch-britischen Konkurrenten Shell für 650 Millionen Euro Beteiligungen an zwei Gasfeldern in der nördlichen Norwegischen See übernommen. Weiter stellt EON eine Milliarde Euro bereit, um in die Entwicklung der Skarv-Idun-Felder unterhalb des Polarkreises zu investieren. Diese Lagerstätte gehört zu den größten und attraktivsten unentwickelten Gasvorkommen Norwegens.

Neben den Energieriesen versprechen sich auch die Hersteller von Fördertechnik riesige Gewinne. • **HELMUT ULRICH**

Von
ERNSTGERT KALBE

In der heutigen Diskussion um die russische Revolution von 1917 begegnen uns sehr widersprüchliche Wertungen, die mit dem Verständnis von Permanenz der Revolution beginnen, sich auf die Deutung von „Sowjet-(Räte)macht“ und „proletarischer Diktatur“ beziehen und mit der Interpretation von „sozialistischer Demokratie“ enden. All diese Fragen begegnen uns schon in der großen Arbeit von Rosa Luxemburg „Zur Russischen Revolution“, die heute gern als Steinbruch für den Beleg kritischer Positionen gegenüber den Bolschewiki genutzt und auf die historisch nicht eingeordnete Wiedergabe der Anmerkung reduziert wird: *„Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der Gerechtigkeit, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird.“*

Diese Aussage ist indessen in die Gesamtsicht Rosa Luxemburgs auf die historische Situation und die Strategie der Bolschewiki eingebettet und wird mit einer insgesamt positiven Würdigung der damaligen bolschewistischen Politik verbunden; sie darf aus diesem Zusammenhang nicht herausgelöst und verabsolutiert werden.

Hinsichtlich der Permanenz der Revolution beruft sich Luxemburg auf die Grundlehre aller großen Revolutionen, wonach sie rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken müsse, *„oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächlichen Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt.“* Insofern habe die russische Revolution nach wenigen Monaten vor der Alternative gestanden: *„Sieg der Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin.“*

Luxemburg kritisierte Kautsky und seine russischen Anhänger Dan und Zereteli dafür, dass sie den bürgerlichen Charakter der ersten Revolutionsphase nach dem Februar bewahren wollten, indem sie sich auf die parlamentarischen Spielregeln und auf die „noch fehlende Mehrheit“ beriefen. Dagegen verteidigte Luxemburg die auf Vertiefung der Revolution gerichtete Politik der Bolschewiki, die auf Eroberung eben dieser Mehrheit abzielte: *„Die wirkliche Dialektik der Revolutionen stellt aber diese parlamentarische Maulwurfsweisheit auf den Kopf. Nicht durch Mehrheit zur revolutionären Taktik, sondern durch revolutionäre Taktik zur Mehrheit geht der Weg.“*

Im Hinblick auf das Verhältnis von proletarischer Diktatur – im Marx'schen Verständnis – und Sowjetmacht bestätigt sie den Bolschewiki, dass allein die Sowjetmacht die Demokratie retten und die Revolution vorantreiben konnte.

Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern, in die Hände der Sowjets zu legen, das sei der Ausweg aus den Schwierigkeiten der Revolution, *„das war der Schwertstreich, womit der gordische Knoten durchhauen, die Revolution aus dem Engpaß hinausgeführt und vor ihr das freie Brachfeld einer ungehemm-*

ten weiteren Entfaltung geöffnet wurde.“ Zudem räumte Rosa Luxemburg den Bolschewiki ausdrücklich ein, gegen den Widerstand konterrevolutionärer Kräfte durch Entziehung politischer Rechte und wirtschaftlicher Existenzmittel „alle Maßregeln des Drucks“ einzusetzen. Aber zugleich widersprach sie der Sicht Lenins und Trotzki auf die „formale Demokratie“, die ein „Götzenbild“ sei, wodurch der Unterschied zwischen sozialem Kern und politischer Form der bürgerlichen Demokratie verwischt werde.

„Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“

Sowjets oder Konstituante

Zum Kulminationspunkt in der Demokratieerdebatte wurde die Stellung zur „Konstituierenden Versammlung“, deren Einberufung die Bolschewiki zur Vertiefung des revolutionären Prozesses zuerst vehement gefordert hatten, während die „Provisorische Regierung“ deren Wahl verschleppte, weshalb sich deren Einbe-

Die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ samt ihres vielfältigen Erfolges – auch wenn sie sich gelegentlich auf Luxemburgs Kritik berufen – beurteilen die russische Revolution von ihren aktuellen politischen Interessen aus, nicht aus dem Blickfeld der damaligen Situation, sondern allein vom heutigen Ergebnis her, ein ideologisches Urteil am ahistorischen Maßstab also – wie eh und jeh.

rufung sogar bis nach der Oktoberrevolution verzögerte. Daran zeigt sich erneut, dass Verschiebungen in der Konstellation der Klassenkräfte auch Veränderungen in der Haltung zu politischen Institutionen nach sich ziehen.

Die am 12. (25.) November nach Listen vom September 1917 endlich gewählte Versammlung, die am 5. (18.) Januar 1918 zusammentrat, entsprach in ihrer Zusammensetzung (25% Bolschewiki, 62% Sozialrevolutionäre und Menschewiki, 13% Kadetten u. a.) bereits nicht mehr dem gewandelten politischen Kräfteverhältnis nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß (25./27. 10. bzw. 7./9. 11.). Als die „Konstituante“ mehrheitlich die Zustimmung zu den Dekreten des Kongresses über „Grund und Boden“,

„Über den Frieden“ und zur „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ ablehnte, die existentielle Grundsatzdokumente der Revolution darstellten, wurde sie folgerichtig am 6. (19.) Januar 1918 vom Gesamtrussischen ZEK aufgelöst.

Man sollte sich in diesem Kontext der Aussagen Lenins in seinen „Thesen zur Konstituierenden Versammlung“ erinnern, in denen er unmittelbar nach dem Oktoberaufstand anmerkte, dass die Konstituierende Versammlung wohl die

ber (klein-)bürgerlichen Schichten privilegierte – ähnlich früheren bürgerlichen Zensus-Wahlssystemen, wodurch defacto das Wahlrecht bestimmter sozialer Schichten beschnitten wurde.

Die Kritik Rosa Luxemburgs an den Bolschewiki bestand nicht schlechthin darin, dass sie die Konstituierende Versammlung auflösten, sondern darin, dass sie an deren Stelle kein den neuen Bedingungen entsprechendes demokratisches Wahlrecht setzten. Jedes Wahlrecht, so Luxemburg andererseits, sei indessen nicht

Die Russische Revolution 1917 in der Sicht Rosa Luxemburgs

„höchste Form des Demokratismus“ in der bürgerlichen Republik sei, während im Übergang zur Diktatur des Proletariats, zur sozialistischen Etappe der Revolution, die Republik der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten eine „Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus“ darstelle. Die Konstituierende Versammlung, die nach Wahllisten vor der Oktoberrevolution gewählt wurde, musste – nach dieser Revolution – mit dem Willen wesentlicher Teile werktätiger Klassen und Schichten kollidieren. Da die Interessen der Revolution höher stünden als die formalen Rechte der Konstituante, war laut Lenin *„jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituierenden Versammlung vom formalen, juristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges zu betrachten, Verrat an der Sache des Proletariats, bedeutet Übergang zur Position der Bourgeoisie.“*

Als sich die Konstituante anschickte, *„alle akuten, alle herangereiften Fragen und Aufgaben, die ihr die Sowjets vorgelegt haben“* aufzuschieben, *„da antworteten wir, daß es keine einzige Minute Aufschiebung geben kann. Und durch den Willen der Sowjetmacht wird die Konstituierende Versammlung, die die Macht des Volkes nicht anerkannt hat, aufgelöst“* (Lenin).

Zustimmend bemerkt Rosa Luxemburg, dass diese Konstituante *„in ihrer Zusammensetzung das Bild der überholten Vergangenheit, nicht der neuen Sachlage spiegelte, so ergab sich von selbst der Schluß, daß sie eben die verjährt, also totgeborene Konstituierende Versammlung kassierten und – so Luxemburg – ungesäumt Nachwahlen zu einer neuen Konstituante“* verfügen sollten.

Das taten Lenin und Trotzki jedoch nicht, da sie – in Anlehnung an die Pariser Kommune – anstelle parlamentarischer Demokratie eine andere politische Organisationsform der Gesellschaft, die Räte- bzw. Sowjetdemokratie setzten wollten, die proletarische Schichten gegen-

an beliebigen Schemen von „Gerechtigkeit“ zu messen, *„sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist.“* Das von der Sowjetregierung ausgearbeitete Wahlrecht sei eben *„auf die Übergangsperiode von der bürgerlich-kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsform berechnet, auf die Periode der proletarischen Diktatur.“* Es müsse aber so bald wie möglich korrigiert werden.

Das grundsätzliche Festhalten an der Institution des allgemeinen und gleichen parlamentarischen Demokratismus hätte freilich in einem kleinbürgerlich dominierten Land wie Russland existentielle Gefahren für die sozialistische Umwälzung hervorrufen können.

Sowjets und Bürokratismus

Die Bolschewiki bevorzugten dagegen das in den russischen Revolutionen von 1905 und 1917 entstandene Räte-system als Organisationsform der politischen Machtausübung. Schon in der Revolution von 1905 hatte Lenin erkannt, dass sich die Sowjets als Organe des Proletariats und seiner Verbündeten zu einer „provisorischen revolutionären Regierung“ entwickeln könnten, die ihre Macht auch zur Einberufung einer vom ganzen Volk gewählten „konstituierenden Versammlung“ nutzen könnte. Während der sozialistischen Oktoberrevolution, bei einer veränderten Konstellation der Klassenkräfte, setzten die Bolschewiki nunmehr auf die alleinige Macht der Sowjets, zumal sich die Konstituante als Hemmnis für die Vertiefung der Revolution erwies. Die insgesamt noch ungenügende Reife des subjektiven Faktors der Revolution – der proletarischen Klasse – verhinderte, dass die Sowjets wirklich demokratisch funktionierten, sich nicht als Selbstverwaltungssystem von unten nach oben entwickelten, sondern sich statt dessen als administrativ-bürokratisches Kommandosystem einer kommunistischen Funktionsärselite von oben nach unten etablierten.

Insofern behielt Rosa Luxemburg letztlich mit ihrer Warnung vor den Gefahren

recht, die aus dem Verzicht auf allgemeine und gleiche Wahlen erwachsen: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Instanz, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“ Eine kleine Führungselite regiere und dirigiere, „und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Clivenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats“, sondern die Diktatur weniger Politiker im bürgerlichen Sinne einer Jakobinerherrschaft.

Auch Lenin erkannte durchaus die Gefahren eines ererbten wie neuen Bürokratismus, den man nur besiegen könne, wenn die Massen dank eines hohen Kulturlevels wirklich aktiv an der Verwaltung teilnehmen. Ein geringes Kulturlevel bewirke, „daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung durch die Werktätigen sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung für die Werktätigen sind.“ Andererseits aber unterschätzte er wohl die Bedeutung verfassungsrechtlicher Freiheiten, die das Schalten und Walten der autoritären Funktionärselite hätten verhindern können.

Die prophetische Vorahnung Rosa Luxemburgs, die sich schließlich schlimmer als von ihr befürchtet erfüllte und im diktatorischen Herrschaftsmodell des Stalinismus, dem „Personenkult“ um Stalin kulminierte, der – quasi in russischer Tradition zaristischer Selbstherrschaft – eine „Sowjetdemokratie“ durch die fast absolutistische Alleinherrschaft des Generalsekretärs ersetzte.

Sowjets und fatale Bedingungen

Der aktuelle Streit sollte sich nicht um die Frage „parlamentarisches oder Sowjetsystem“ drehen – diese strukturelle Machtfrage war 1917/19 in Sowjetrussland wie in Deutschland und Ungarn praktisch zugunsten einer „Rätemacht“ entschieden –, sondern darum, warum und unter welchen historischen konkreten Bedingungen ein basisdemokratisches System zu einem gleichsam hierarchisch-etatistischen und bürokratischen Absolutismus der Macht einer obersten Führungsetage mutieren konnte.

Unausgesprochen taucht hier das spätere Problem der Verselbständigung einer politisch-administrativen Oberschicht im Sozialismus auf, das vor allem in den 60er Jahren zur Diskussion über die Formierung einer „neuen Klasse“ und das Erfordernis „sozialistischer Selbstverwaltung“ führte, eine Problematik, die im „realen Sozialismus“ jedoch nirgends gelöst wurde und letztlich zur Implosion des osteuropäischen „Realsozialismus“ beitrug. Rosa Luxemburg verteidigte dennoch die Politik Lenins und der Bolschewiki und hoffte darauf, dass diese so bald wie möglich zu einer proletarischen Diktatur finden würden, die „in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung“ bestünde, wenn sie vom Zwang des Weltkrieges, der deutschen Okkupation und damit verbundener Schwierigkeiten befreit wären. Ihr Fazit zur Oktoberrevolution ist

unstrittig solidarische Parteinahme für Lenin und die Bolschewiki: „Die Binsenweisheit, daß Revolutionen nicht mit Rosenwasser getauft werden, ist an sich ziemlich dürftig. Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkt und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus ist.“

Man könne von Lenin und Genossen nicht verlangen, dass sie „unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats ... hervorzaubern.“ Zugleich warte sie vor den Gefahren, die dort begannen, „wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen.“

Zudem betonte Rosa Luxemburg ausdrücklich, dass die Bolschewiki „ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution des Proletariats stellten“, was Ausdruck ihres Weitblicks und ihrer Treue zum Internationalismus sei.

Heutigen Kritikern der bolschewistischen Politik, die anscheinend von damals ganz normalen Verhältnissen ausgehen, schreibt sie vorausahnend ins Stammbuch, dass „eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande“ ein Wunder wäre.

Insofern richtet sich die aktuelle Kritik letztlich weniger gegen die Bolschewiki damals als – ungewollt – eher gegen heutige Positionen einer Kritik, die sich im Nachgang damaligen anti-sowjetischen Positionen anschließt. Übrigens findet in der russischen Linken heute wiederum eine Diskussion über Inhalte, Formen und die Kontrolle eines neuerlich angestrebten demokratischen Sowjetsystems statt, das die historischen Lehren beherzigen soll.

Freilich vollzog sich die Verwandlung der Sowjets aus basisdemokratischen Organen zu etatistischen Kommandostrukturen frühzeitig, im Übergang von der euphorischen Vorstellung von einer sozialistischen Selbstverwaltung am Vorabend der Revolution zu den Zwängen der Machtausübung nach ihrem Sieg. Das ist schon deutlich am Vergleich von Lenins Positionen in „Staat und Revolution“ und in „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ abzulesen.

Die Sicht Rosa Luxemburgs auf die russische Revolution, die einer doppelten Optik folgt, nämlich sowohl hinsichtlich der inneren wie der internationalen Umstände, unterscheidet ihre kritische Analyse grundsätzlich vom aktuellen Verdikt der Oktoberrevolution.

Die vermeintlichen „Sieger der Geschichte“ samt ihres vielfältigen Gefolges – auch wenn sie sich gelegentlich auf Luxemburgs Kritik berufen – beurteilen die russische Revolution von ihren aktuellen politischen Interessen aus, nicht aus dem Blickfeld der damaligen Situation, sondern allein vom heutigen Ergebnis her, ein ideologisches Urteil am ahistorischen Maßstab also – wie eh und je.

Was für ein Erbe hatten die Bolschewiki angetreten? 300 Jahre hatte der Zar regiert, der größte Großgrundbesitzer, den die Welt jemals sah. Ihm gehörten Ländereien eines Gebietes so groß wie Frankreich, Deutschland, Österreich, Belgien, Luxemburg, Holland und die Schweiz zusammengenommen. Einer der ersten Milliardäre der Weltgeschichte ...



Aus der Personenstandskarte des letzten Zaren (Nikolaus II.): „Beruf: ... Herrscher über ganz Russland Hauptbeschäftigung: ... Herr der russischen Erde Nebenbeschäftigung: ... Grundbesitzer“



In den russischen Dörfern „lebten“ vier Fünftel der Bevölkerung. Verschuldung, Hunger und Elend waren ihr Los.



Die Goldarbeiter an der Lena forderten: Achtstundentag - Krankengeld - Entlassung nur im Sommer

Fotos: Archiv LN

Die Würde des Menschen ... ein Kostenfaktor

Blüm und Sodann bieten keine „Ost-West-Varieté-Show“

Von **UNDINE WAGNER**

Deutschland, meine Trauer, du, mein Fröhlichsein, ? – Peter Sodann gelang es, dieses im 1950 entstandenen Original fehlende Fragezeichen hörbar zu machen, als er, ange-regt durch Norbert Blüms Frage, was ihm zum Begriff Heimat einfallt, Johannes R. Bechers wunderbares Deutschland-Gedicht „Heimat, meine Trauer“ vortrug. „Heimatabend“ – so der Titel des Programms, mit dem das illustre Paar Blüm und Sodann derzeit durch die Lande tourt, und das im Rahmen des unter dem Motto „Heimat“ stehenden diesjährigen Chemnitzer Kulturfestivals BEGEGNUNGEN auch im gut gefüllten großen Saal der Stadthalle zu erleben war. Allen widersprüchlichen Meinungen, die seit der Berliner Premiere durch den feuilletonistischen Blätterwald rausch(t)en, zum Trotz: Es ist schon bemerkenswert, dass sich der Politiker und Außenminister a. D. aus dem Westen und der Schauspieler und ehemalige Intendant aus dem Osten zusammenfanden, ihre Sympathie füreinander und manche Gemeinsamkeiten entdeckten (Größe und Alter, der erlernte Werkzeugmacherberuf, ausgeprägter Gerechtigkeitssinn, Eintreten für die Schwachen, Liebe zu Goethe, Sinn für Humor) und den Entschluss zum gemeinsamen Auftreten fassten. Blüm und Sodann begegneten sich mit spöttischer Liebeshörigkeit, bescheinigten sich Harmoniebedürftigkeit und wollten selbst unbequeme Wahrheiten mit Heiterkeit zum Vortrag bringen. Solche Abklärbarkeit ist wohl lebenserfahrenen älteren Menschen, sofern sie keine verbitterten Grantlmeier sind, eigen. Und diese altersweise Gelassenheit verlieh dem Programm – trotz aller anklingenden

Kritik – eine insgesamt versöhnliche (oder gar versöhnliche?) Haltung. Das mag manche Zuhörer im Publikum (nicht nur in Chemnitz), die einen „Wessi-Ossi-Schlagabtausch“ oder bissig-pointierte Gesellschaftssatire non stop erwartet hatten, irritiert oder enttäuscht haben. Aber es handelte sich nicht um ein dramaturgisch durchgestyltes Kabarett-Programm, und der vielfach in den Programmankündigungen zu lesende Begriff „Ost-West-Varieté-Show“ traf den Charakter des Abends auch nicht.

Die angedachte Rahmenhandlung bot durchaus eine satirische Umsetzung harter Gesellschaftskritik: Im Jahre 2027 hat die profitorientierte neoliberale Ellenbogengesellschaft endgültig gesiegt, der Bundestag ist privatisiert, Schwarzenegger fungiert als EU-Kommissar, Ackermann ist Bundeskanzler. Die Bergpredigt, in der es um Gerechtigkeit und Barmherzigkeit geht und deren in Luthers sprachkräftiger Übersetzung ausgedrückte Gedanken Norbert Blüm besonders am Herzen liegen, wurde wegen wirtschaftsschädigenden Inhalts auf den Index gesetzt. Der neue Gott heißt DAX. Das Grundgesetz gilt nicht mehr, sein Artikel 1 über die Unantastbarkeit der Menschenwürde lautet jetzt: „Die Würde des Menschen ist ein Kostenfaktor“. Herr Blüm und Herr Sodann verbringen als über 90jährige ihren Lebensabend im perfide als „Wiederaufbereitungsanlage für Unjunge“ bezeichneten Altersheim „Heimatabend“, doch heimisch fühlen sie sich dort nicht. Wer rastet, der rostet und – kostet ... Deshalb sollen die Altersheiminsassen auf nützliche Aufgaben vorbereitet und dem Arbeitsmarkt wieder zugänglich gemacht werden, auch wenn sie dann den Hartz XIX-Empfängern die ungeliebten 20-Cent-Jobs wie z. B. Minensuchen im

Großraum Islamabad wegnehmen. Und wer im Greisenalter arbeitsunfähig ist, dem bleibt die Möglichkeit, sich „gesellschaftlich verantwortungsbewusst“ mit dem Griff zur Todeswille selbst zu entsorgen – auch vor laufender Fernsehkamera in einer Talkshow.

Im Gegensatz zu diesem Szenario, auf das im Verlauf des Abends mal mehr, mal weniger Bezug genommen wurde, ging es dann über weite Strecken erstaunlich beschaulich zu. Da wurde schon mal launig hin und her geplänkelt, und ein paar angestaubte Witzchen mussten auch herhalten. Am bissigsten war – der Rolle des Anstaltswärters geschuldet – der dritte Mann auf der Bühne: Michael Letz zeigte während seiner kurzen Auftritte, in denen er die Herren zur Disziplin rief und ihnen in knappen Statements Stichworte lieferte, sein komödiantisches Talent; ansonsten gab er am Flügel als Begleiter – ja, die Protagonisten haben auch gemeinsam gesungen! – und in Zwischenspielen Kostproben seines pianistischen und improvisatorischen Könnens. Blüm und Sodann, die geistig jung gebliebenen „Alten“, nutzten die Abwesenheit ihres Aufsehers, um beim Stöbern im Zettelkasten des Lebens Gedanken und Erinnerungen auszutauschen und Probleme des Zeitgeschehens zu reflektieren. Es ging um die Macht des Kapitals und die Herrschaft der Banken, um Sozialabbau, eigene Erfolge, würdiges Verlieren-Können, Bürokratendeutsch, deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten, Gott und die Welt. Neben diversen Anekdoten wurden literarische Texte z. B. von Goethe, Gellert, Uhland und Brecht eingestreut, die zum Nachdenken anregen oder einfach erfreuen sollten. Trotz der teils sehr deutlich, teils eher zwischen den Zeilen erfolgten kritischen Charakterisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im vereinten Deutschland, wo es in vielerlei Hinsicht an „Einigkeit und

Recht und Freiheit“ erheblich mangelte, hätte Frau Merkel vielleicht dennoch ihre Freude an dem Programm gehabt, weil sie einen von ihr immer wieder ange-mahnten Aspekt (erinnert sei z. B. an die Diskussionen zur gescheiterten EU-Verfassung) diesmal nicht vermisst hätte: den Gottesbezug! Dieser war nicht nur in reichem Maße erkennbar, sondern wurde sogar – jedenfalls nach meinem Empfinden – für ein Bühnenprogramm etwas überstrapaziert (neben der Bergpredigt das Gebet „Vater unser“, Reflexionen über Glaubensfragen usw.).

Blüm und Sodann wollten mit Witz und Humor in die Geschichte und es gab auch sehr ernsthafte Momente, wo jeglicher nachsichtige Lebenshumor versagen musste und sich die Betroffenheit ins Publikum übertrug, vor allem, als Norbert Blüm von seinem Besuch bei Pinochet und über die Greuelthaten in Chile unter der Militärjunta berichtete, oder als Peter Sodann seine Friedensrede verlas, die er im Februar 2002 in Berlin vor einer halben Million Demonstranten gegen den Irak-Krieg gehalten hatte, wo es u. a. heißt: „Der Krieg ist ein Verbrechen. Und wer ihn für ein Mittel hält, um irgendein Problem auf dieser Welt zu lösen, ist dumm ...“. Eine Botschaft, die deutlich über die Bühne kam. Und wer Ohren hatte zu hören, konnte dem Programm auch eine weitere, ebenso unmiss-verständliche Botschaft entnehmen: Übermächtige Herrschaft des Kapitals, wo Profitgier zum Maß aller Dinge wird, hat nicht nur soziale Kälte sowie eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich zur Folge, sondern führt unweigerlich zu unkultiviertem gesellschaftlichen Umgang und zu geistiger Verarmung. – Deutschland, du mein Fröhlichsein?

Nathan als Denkmodell

Der Anfang: Die Moderatorin, im roten Kleid, lasziv mit übereinandergeschlagenen Beinen, befragt Nathan nach seinen Ideen. Seine Widersacher fallen ihm ins Wort. Würde es Nathan heute in einer Talkshow so ergehen? Das Ende: Nathan heißt „N.“ und muss sich entscheiden. Rache oder Toleranz? Seine Frau und Tochter wurden von M. umgebracht. Jetzt kann N. Rache nehmen und den Mörder erschießen. Der dänische Autor Christian Lollike, Jahrgang 1973, bietet acht Variationen (die Konstruktion des Menschen, das ökonomische Abenteuer, über Vertrauen, Erbe und Toleranz, das Gesetz der Liebe, die große Verbrüderung, über Nächstenliebe, über Vergebung) über die Ringparabel und nennt sie „Nathan (Ohne Titel)“. Er bekennt sich im Interview mit der stückführenden Dramaturgin Birgit Rasch zu Brecht und möchte die Idee des Lehrstücks anwenden, um gleichzeitig dieses Modell zu verwerfen. Beides funktioniert bei ihm nicht. Der Zuschauer der deutschsprachigen Erstaufführung in der Leipziger Neuen Szene bekommt zusammenhanglose Szenenketten vorgesetzt, wird auf die Höhen der Ethik geschleudert, wird der Frage ausgesetzt, ob Toleranz mit Hilfslosigkeit gleichzusetzen sei, um wenig später sich mit einem weißen Riesenhasen nebst Möhre als Pfeife zu beschäftigen. Schade, dass Regisseur Alexander Marusch nicht die Kraft gefunden hat, den Text zu ordnen. Das Ensemble hatte am Premierenabend Pro-



Rotkäppchen bezirzt N.- eine Versuchsanordnung der besonderen Art. (Stephanie Schönfeld, Michael Schrodt)

Foto: Rolf Arnold/Schauspiel Leipzig

bleme, textsicher und souverän zu agieren. Die Idee, Nathan durch die Zeiten hindurch in die Gegenwart zu holen, hat Charme. Daraus hätte eine interessante Versuchsanordnung werden können, wenn der Autor auf mehr Stringenz und Ernsthaftigkeit gesetzt hätte. So bleibt nur Ratlosigkeit.

• D. M.

Berühmte und junge Gäste im Gewandhaus

Eine Klavierabend in klassisch vollendeter Gestaltung. So ganz den Werken zu dienen wie Alfred Brendel gilt nicht mehr als selbstverständlich. Für ihn bildet die Sonate c-Moll von Haydn nicht ein scheinbar leichtes Anfangsstück, sondern ein hochkonzentriert gespieltes Meisterwerk. Schon hier lotete er alle motivischen Entwicklungen und Verwandlungen feinsinnig aus, wie das anschließend in der größer dimensionierten Beethoven Sonate As-Dur op. 110 und zuletzt mit Mozarts Sonate c-Moll geschah. Was Brendel ohne jede dynamische Übersteigerung innerhalb der vorgegeben (ja noch begrenzten) klassischen Stärkegrade und Zeitmaße im großen Gewandhaussaal dem Steinway an thematischer Klarheit und klanglichen Nuancen entlockte, war einzigartig. Diese Musizierhaltung zeichnete auch das Gewandhauskonzert mit dem russischen Meister Dmitrij Kitajenko als Dirigenten von Mozarts Linzer Sinfonie und der vierten Sinfonie Prokofjews in ihrer zweiten Version op. 112 aus. Doch auch der junge temperamentvolle venezolanische Dirigent Gustavo Dudamel bewies im folgenden Gewandhauskonzert mit Rachmaninows dritter Sinfonie großes Einfühlungsvermögen. Jüngere, vielversprechende oder schon bewährte Solisten wie die feinfühlig spielende Antje Weithaas mit Mendelssohns Violinkonzert im Rundfunkkonzert waren darin zu erleben: der Violoncellist Alban Gerhardt mit Tschaiikovskis Rokoko-Variationen unter Kitajenko, die Koreanerin Han-Na Chang mit Antonín Dvoráks Violoncellkonzert unter Dudamel. Und nicht zuletzt gab es noch ein mit viel Sympathie und Zustimmung aufgenommenes Gastspiel des im Jahr 2000 gegründeten chinesischen Studentenorchesters Nanjing.

• WERNER WOLF

Im Leipziger Universitätsverlag sind im Laufe eines knappen Jahres zwei bedeutende Veröffentlichungen verwandter Thematik erschienen. Sie behandeln mit unterschiedlichen Fragestellungen, Dimensionen und Zeiträumen das Schicksal der Juden in Leipzig, ihre Integration, Möglichkeiten und bedeutenden Leistungen seit dem 18. Jahrhundert sowie ihre Vernichtung.

In der Folge „Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur“, für die als Hauptherausgeber Prof. Dan Diner, der Direktor des „Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur“ zeichnet, ist dies bereits der 4. Band. Er trägt den Titel: „Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig“ (2006). Der Herausgeber für diesen Band, der die Leistungen, das Wirken, die Probleme und Tragödien jüdischer Gelehrter und Studenten untersucht, ist Dr. Stephan Wendehorst. Die Darstellung konzentriert sich auf den Zeitraum vom 18. Jh. bis zum Beginn der faschistischen Diktatur, wobei eine dreifache Untergliederung erfolgt: Biographien, Fächer, Epochen. 28 namhafte Autoren sind am Band beteiligt. Zu den besonders interessanten Beiträgen zählen Abhandlungen über den bedeutenden Philosophen Martin Buber sowie über die Wirkung von Einstein, dessen Bewerbungen um eine Assistentenstelle allerdings einst scheiterten. Bereits in der einleitenden Konzeption des Herausgebers werden wesentliche Fragen zur Diskussion gestellt. Das betrifft auch eine „Funktion“, die im „Nationsbildungsprozess ... den Juden ... zugefallen war“. Diese wäre durch die bedeutende Rolle zu ergänzen, die jüdische Intellektuelle wie Marx, Lassalle, Wilhelm und Karl Liebknecht, Luxemburg, Bernstein u.a. bei der Entstehung, Entwicklung, den Vereinigungen und dem Kampf der Arbeiterbewegung nicht nur in Deutschland gespielt haben. Aufgeworfen werden auch schon Fragen, die auf die Jahre seit 1945 und damit auf die Karl-Marx-Universität (KMU) zielen. Und im Falle der „Juristenfakultät“ führt die Untersuchung „von der Weimarer Republik bis in die frühe DDR“, wobei vornehmlich das Wirken von Erwin Jacobi und des Kommunisten Karl Polak Behandlung findet. Dabei werden auch Veröffentlichungen ausgewertet, die an

der KMU entstanden sind. Mit Berufung auf eine biographische Skizze über den Historiker Ernst Engelberg wird dieser jedoch vom Herausgeber unzutreffend einerseits unter jüdischen Hochschullehrern angeführt; andererseits werden aus seiner Kritik an einer Auffassung von Georg Lukacs „zumindest indirekte Rückschlüsse über die Verortung der Juden in der deutschen bzw. allgemeinen Geschichte“ gezogen, was im Kontext als ein Antisemitismusverdacht aufgefasst werden kann und bereits aufgefasst wurde. Bei jener Kritik, die 1954 erfolgte, war aber Engelberg und seinen Mitstreitern die jüdische Herkunft Lukacs' unbekannt. Diese partiellen Fehlleistungen des an sich akribischen Herausgebers und Verfassers mindern aber

Vernichtung jüdischer Existenzen

den Wert des Bandes nicht. Sie wären allerdings bei Nutzung der erklärten Gesprächsbereitschaft des Autors der Schrift über Engelberg gewiss zu vermeiden gewesen.

Der Titel der anderen Veröffentlichung (2007) lautet: „Arisierung“ in Leipzig. Annäherungen an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945“. Herausgeberin und wesentliche Mitautorin dieses Bandes ist Dr.sc. Monika Gibas. Sie geht einleitend auf den 1921 in Leipzig geborenen israelischen Diplomaten Michael Elizur ein, der aus dem Holocaust folgte: „Jeder Mensch ... muß so viel tun, wie er kann, damit solche Sachen nicht mehr geschehen“. Der umfangreichen konkreten Darstellung der praktizierten Arisierung stellt sie eine Definition des Begriffs Arisierung voran. Schon im „Umfeld des deutsch-völkischen Antisemitismus der 1920er Jahre“ entstanden, wurde er vom deutschen Faschismus als „Prozess der radikalen kulturellen Säuberung aller Lebensbereiche der deutschen Gesellschaft verstanden“ und zielstrebig realisiert. Zahlreiche Fotos veranschaulichen das Geschehen. Es wird nachgewiesen, dass arische Unternehmer im Zeichen der Arisierung in Eigeninitiative einen kapitalistischen Konkurrenzkampf bis zur Vernichtung des jüdischen Konkurrenten führten. Das wird auch im Buch-, Biblio-

theks-, Kunst- und Museumswesen durch Forschungen von 13 Autoren nachgewiesen, wobei auch auf Versäumnisse in der DDR eingegangen wird.

In einem analogen Titel „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt, Beraubt, Ermordet“ (Leipzig 2007), der gleichfalls von Monika Gibas wird festgestellt, dass „zahlreiche Bürger“ an diesen Arisierungen „als Schreibtischtäter und als Vollstrecker der Maßnahmen, als Nutznießer und als Beobachter“ beteiligt waren. Unter letzteren wäre aber zwischen „bejahenden“ und „empörten“ zu unterscheiden. Diese waren bestrebt zu helfen, was auch von antifaschistischen Kreisen versucht wurde. Ich hatte – damals Lithographenlehrling in der jüdischen Firma Meißner und Buch – in einem solchen

Kreis Aufnahme gefunden, dem auch eine Jüdin angehörte und der Kontakte zu einem jüdischen Arzt sowie zu kommunistischen Widerstandsgruppen unterhielt. Nach 1945 wurde von vielen Angehörigen jener Kreise trotz Vorbehalten in der SBZ und DDR ein neuer Weg gesehen, der sich auch von der Verfahrungsweise in der damaligen BRD unterschied, einen Globke und seinesgleichen, die an der nazistischen Judenvernichtung einen maßgeblichen Anteil hatten, in höchste Ämter zu berufen. Ralph Giordano prägte dafür den Begriff der „Zweiten Schuld.“

• WERNER BERTOLD

Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig. Im Auftrag des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Hgg. von Stephan Wendehorst, Leipziger Universitätsverlag Leipzig 2006. 614 S., 62 Euro

Monika Gibas (Hg): „Arisierung“ in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945. Leipziger Universitätsverlag 2007. 334 S., 29 Euro

Monika Gibas u. a.: „Arisierung“ in Leipzig. Verdrängt, Beraubt, Ermordet. Stadtgeschichtliches Museum Leipzig (Neubau) 11. Juli bis 11. November 2007

Lenin, eigentlich Uljanow

(1870-1924), gilt neben Marx und Engels als Schöpfer des Wissenschaftlichen Sozialismus. Das kleine Bändchen gibt einen guten Einblick in seine Gedanken über Philosophie und Ökonomie, über Staat, Arbeiterklasse und Partei, über Revolution, Krieg und Frieden, über Sozialismus und Frieden. Auch wenn die historischen Bedingungen heute andere sind, so sind jedoch viele seiner Auffassungen nach wie vor aktuell. Das gilt auch für die Analyse der Ursachen des Scheiterns des realen Sozialismus. Dieser scheiterte nicht, weil man Lenins Auffassungen folgte, sondern er scheiterte viel eher daran, dass manche seiner Sichten und Warnungen nicht oder ungenügend beachtet worden sind. Das betrifft nicht nur das Notwendige, sondern vor allem auch das Machbare, die Beachtung aller Bedingungen, dass es beispielsweise Unsinn wäre zu glauben, „dass Marx oder die Marxisten den Weg zum Sozialismus in allen seinen Einzelheiten kennen“. Wahr sei vielmehr: „Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte auf diesem Wege führend sind, doch konkret, praktisch wird das nur die Erfahrung der Millionen zeigen, sobald sie die Sache in Angriff genommen hat.“

Lenin verwies mit Nachdruck darauf, was auch das vorliegende Büchlein belegt, dass es unausbleiblich ist, dass nicht nur von Land zu Land die Wege zum Sozialismus verschieden sein werden, sondern ebenso auch die Formen seiner Verwirklichung. Notwendige historische Voraussetzungen und Zeiträume seien unbedingt zu beachten, die historische Bedingtheit der Unvollkommenheit des Sozialismus zu berücksichtigen. Das Bändchen sollte dazu anregen, sich Lenins Schriften zuzuwenden. • K SCH.

Lenin heute. Hg. Johannes Oehme. Verlag Neues Leben, Berlin 2007. 112 S., brosch., 4,90 Euro

Während eines Ferienaufenthaltes in Italien hören drei deutsche Studenten zum ersten Mal das Partisanenlied „Bella ciao“. Einer von ihnen beschließt daraufhin, der Entstehungsgeschichte dieser Zeilen nachzugehen. Schon zu Beginn seines Buches scheint der Autor buchstäblich in Gleichnissen zu baden, mehr zu wollen, als nur Geschichten zu erzählen: „Es hatte den halben Tag geregnet. Wie die zum Anschlag aufgedrehten Duschen in der Kaserne dampfte die erhitzte Erde, und aus dem Gras stiegen Wölkchen zwischen denen starr und steif die Sonnenstrahlen hingen.“

Ein ehrgeiziges Projekt, zumal mit einem solchen Anfang. Drei Hauptfiguren zweier Generationen erleben – wie der Leser mit ihnen – die Zeit als übermächtig trägen Strom, aus dem sie nur kurz auftauchen, bevor sie wieder darin untergehen. Eine gewisse Verwechselbarkeit von Lebensläufen, wiederkeh-

Narzistisch und nonchalant

Wie Diether Dehm Lied und Kampf vereint



renden Situationen führt bei ihnen zu Desorientierung und existenzieller Verwirrung. Das Leben verschwimmt und zerrinnt in diesem Roman erschreckend eindringlich. Gerade noch war Attila beseelt von dem Gedanken, sich mit seinem Freund Renzo, der inzwischen

auf Seiten der Partisanen kämpft, zu versöhnen, in seiner Heimatstadt Barolo zu trinken. Schon ist er gedanklich dabei diese Stadt zu bombardieren, sie aus seinen Erinnerungen zu löschen. Dieses Hin und Her aber verharrt in so schöner Saumseligkeit, dass man trotz anfänglichem Zögern und dem Wissen um dessen unverholene Selbstverliebtheit, zum Text zurückkehren möchte. Mehr noch, am Ende scheint der Roman zu sich selbst gefunden zu haben. Seine drei Teile mag man noch einmal als das lesen, was sie sind: eine historische Rekonstruktion von Kampf und Widerstand der Partisanen und eines allbekanntes Liedes.

• SYLVIA WOHLFELD

Diether Dehm: Bella ciao. Roman. Das Neue Berlin 2007. 396 S., 19,90 Euro

Profilierte Sportgeschichte

Seit 1995 erscheint im Spotless-Verlag die Zeitschrift „Beiträge zur Sportgeschichte“ und dieser Tage wird das erste Vierteljahr dieses Periodikums vollendet.

Zweimal im Jahr erscheint das 96-Seiten-Heft und hat sich von Nord bis Süd einen beachtlichen Ruf erworben. Profilierteste Sporthistoriker aus aller Welt kamen zu Wort und sensationelle Dokumente aus Archiven wurden publiziert. So zum Beispiel solche aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes der Alt-BRD, wo die weltweit geübte 30-Jahre-Frist eingehalten wird, und dennoch viele spektakuläre Zeugnisse ausgegraben werden konnten. So zum Beispiel die verschlüsselte – und auch die entschlüsselte – Fassung des Berichts, den ein Abgesandter des Amtes von den Olympischen Winterspielen 1956 in Cortina nach Bonn sandte. Sein „Schlüs-

selwort“ für die DDR-Hymne, die um keinen Preis intoniert werden sollte: „Eisbecher-Problem“. (Für den Komponisten Eisler und den Texter Becher.)

In der jetzt fälligen Nummer 25 findet sich ein bemerkenswerter Beitrag unter dem Titel „Ein halbes Jahrhundert bezahlbarer Motorsport“, der eine Bilanz des bis heute selbständig gebliebenen DDR-Verbandes ADMV präsentiert. Aufschlussreich auch der Report über die beiden Leichtathletik-Länderkämpfe der DDR gegen die USA in Karl-Marx-Stadt und in Los Angeles. Natürlich fehlt auch eine „Bilanz“ der Tour de France nicht.

• J. G.

Beiträge zur Sportgeschichte. SPOTLESS-Verlag Berlin, Oktober 2007, Einzelheft 6 Euro, Jahresabonnement 10 Euro

KALENDERBLATT Vor 30 Jahren verstorben

Rudolf Lindau

Rudolf Lindau wurde vor allem bekannt als marxistischer Journalist und Historiker. Geboren am 28. März 1888 in Riddagshausen/Braunschweig, wurde er Transportarbeiter in Hamburg. Hier trat er 1907 der SPD bei und wurde 1911 Jungredakteur am *Hamburger Echo*. An der 1. Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 1. Januar 1916 nahm er als Vertreter der Hamburger Linksradikalen teil. 1918 wird er Mitglied der KPD. Vom Februar 1919 bis Sommer 1919 als Chefredakteur der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* in Hamburg tätig, verlief danach seine Entwicklung rasant und sehr wechselhaft, bevor er 1923 in die Zentrale der KPD gewählt wurde und als Redakteur bei Parteizeitungen wirkte. Im Zusammenhang mit dem Verbot der KPD vom 23. November 1923 bis zum 1. März 1924 – Anlass war der Hamburger Aufstand im Oktober 1923 – wurde Lindau zusammen mit weiteren Genossen Anfang 1924 als Mitglied der KPD-Zentrale von 1923 verhaftet. Da der vorgesehene Prozess gegen diese Zentrale nie eröffnet wurde, kam Lindau Ende 1925 wieder frei. Danach wiederum in verschiedenen Redaktionen kommunistischer Parteizeitungen arbeitend, war er 1929/30 Mitarbeiter an der *Illustrierten Geschichte der deutschen Revolution*.

Anfang 1933 war Lindau Sekretär der KPD-Bezirksleitung Sachsen. Ende Februar 1934 emigrierte er über die CSR in die Sowjetunion und war als Polit-Lehrer und im *Internationalen Komitee Freies Deutschland* tätig. Seinen Sohn Rudolf hatten die Nazis am 10. Januar 1934 in Hamburg hingerichtet.

1945 kehrte er nach Deutschland zurück. Im Oktober 1947 wurde er Direktor der „Parteihochschule Karl Marx“. Da er nicht kritiklos alle ZK-Anweisungen befolgte, wurde er im Oktober 1950 wieder abgelöst und kam als Mitarbeiter an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Ein ZK-Beschluss beauftragte ihn, eine Thälmann-Biografie zu verfassen, die er jedoch nie fertigstellte. Die von ihm verfassten Broschüren zur Geschichte des Kommunismus fanden Eingang in die Parteischulung. Dennoch: seine Arbeit „Revolutionäre Kämpfe 1918/19“ (1960) wurde seitens Walter Ulbricht scharf angegriffen, Lindau als „Dogmatiker“ verdammt. Im Gegensatz zu SED-Thesen hatte er die Novemberrevolution 1918 nicht als bürgerlich-demokratische, sondern als sozialistische Revolution bezeichnet. Als einziger der angegriffenen Historiker verweigerte er die geforderte „Selbstkritik“! Rudolf Lindau verstarb am 18. Oktober 1977 in Berlin. • KURT SCHNEIDER

In den Tagen vom 22. bis 27. Oktober 1962 geriet die Menschheit an den Rand des Abgrundes zu einem dritten Weltkrieg. Der Zweite Weltkrieg hatte mit dem Abwurf von amerikanischen Atombomben geendet. Der dritte Weltkrieg drohte mit dem Einsatz nuklearer Waffen zu beginnen, der Kalte Krieg zum Atomkrieg zwischen den beiden mächtigen Militärblöcken zu eskalieren.

Was war geschehen?

Neben Mitteleuropa, wo sich an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten die bestausrüsteten Truppen von NATO und Warschauer-Vertrags-Organisation gegenüberstanden, hatte sich um Kuba ein höchst brisanter Konfliktherd herausgebildet. Zu Beginn des Jahres 1959 hatten revolutionäre Truppen unter Führung Fidel Castros das im Volk verhasste diktatorische Batista-Regime gestürzt. Mit der Einsetzung Fidel Castros als Ministerpräsident im Februar 1959, dessen Regierung sich auf die bewaffnete Macht der Arbeiter, Bauern und des revolutionären Kleinbürgertums stützte, begann eine neue Etappe der Volksrevolution. Durch eine konsequente Agrarreform – sie beseitigte den Großgrundbesitz, Volksgüter und Genossenschaften –, durch die Enteignung ausländischer Banken und Monopole und umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der arbeitenden Bevölkerung erlangte das Land wieder seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und nationale Souveränität. Die Enteignung US-amerikanischen Besitztums, insbesondere die Beseitigung der Fruit Company,

Kuba-Krise vor 45 Jahren:

Die Menschheit am Rande des dritten Weltkrieges



Fidel Castro empfängt Chruschtschow (o.); englische Karikatur 1962

beantwortete die US-Regierung 1960 mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und einem bis heute anhaltenden Wirtschaftsembargo. Die von Exilkubanern mit aktiver Unterstützung der USA beabsichtigte Invasion Kubas – die Landung in der Schweinebucht – scheiterte. Innerhalb von 72 Stunden brach die Aggressi-

on zusammen. Auf Betreiben der USA wurde Kuba 1962 aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen und somit weitgehend isoliert. Danach erhielt Kuba finanzielle, wirtschaftliche, diplomatische und auch militärische Unterstützung von der Sowjetunion. Das sich entwickelnde soziali-

stische Kuba vor der Haustür der Vereinigten Staaten war für die herrschenden Kreise der USA ein Dom im Auge und Ziel permanenter Attacken. Im September 1962 warnte USA-Präsident Kennedy die UdSSR vor einem Ausbau Kubas zu einem Stützpunkt. Am 22. Oktober 1962 gab er bekannt, dass auf Kuba sowjetische Raketen stationiert worden waren. Er erklärte dies für ungerechtfertigt und friedensbedrohend, forderte den Abzug der Raketen und verhängte eine Seeblockade gegen weitere sowjetische Lieferungen. In jenen Stunden befanden sich sowjetische Schiffe auf hoher See mit Kurs auf Kuba. Es drohte eine direkte militärische Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion. Die Welt hatte den Abgrund zum dritten Weltkrieg erreicht. Geschicktes Taktieren seitens des US-Präsidenten Kennedy und des sowjetischen Regierungschefs Chruschtschow entschärfte die gefährliche Krise – das war Krisenmanagement in nahezu letzter Minute: Die Sowjetunion zog ihre Mittelstreckenraketen, die auf den Süden der USA gerichtet waren, ab. Die USA zogen in der Türkei stationierte Mittelstreckenraketen zurück. Die USA-Regierung erklärte zudem, fortan auf eine gegen Kuba gerichtete Invasion zu verzichten.

In einer bis aufs Äußerste zugespitzten Situation behielten J. F. Kennedy und N. S. Chruschtschow kühlen Kopf und fanden den Ausweg aus der gefährlichsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Zwischen Moskau und Washington wurde das Rote Telefon eingerichtet, es begann eine partielle globale Zusammenarbeit und Annäherung zwischen den USA und der UdSSR.

• WINFRIED STEFFEN

Was sich hinter LEIPZIGER STRASSENAMEN verbirgt (54)

Zwei Straßennamen in Leipzig, die sich nur durch die Nennung des Vornamens bei Horst Heilemann und ein kleines fast unbedeutendes „e“ unterscheiden, die eine in Möckern so benannt seit dem Oktober 1950, die andere in Connewitz anlässlich des 70. Geburtstags von Kurt Heilemann. Ähnlich klingende Namen, zwei Nazigeegner, zwei Schicksale. Horst Heilemann wurde am 15. April 1923 in Dresden als Sohn eines Privatdozenten der Technischen Hochschule der Elbestadt geboren. Nach der Umsiedlung der Eltern nach Berlin besuchte er die Herderschule, an der er 1940 die Reifeprüfung bestand. Obwohl er Mitglied der HJ geworden war, dem hatte er sich nicht entziehen können, distanzierte er sich von der Naziideologie. Im Herbst 1940 begann er ein Studium an der Auslands-wissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität. Hier lernte er Oberleutnant Schulze-Boysen

kennen und war schon sehr bald einer dessen engsten Mitarbeiter in der „Roten Kapelle“. Da er sich freiwillig zur Wehrmacht meldete, wurde er im August 1941 zu einer Nachrichtersatzabteilung einberufen, besuchte eine Dolmetscherschule

Horst-Heilemann-Straße Heilemannstraße

und wurde seiner guten englischen, französischen und russischen Sprachkenntnisse wegen zur Dechiffrierabteilung des Oberkommandos des Heeres abkommandiert. Aus dieser Arbeit heraus konnte er wichtige Informationen an die Widerstandsorganisation übermitteln. Nach der Verhaftung von Harro Schulze-Boysen konnte er noch dessen Frau Libertas warnen, wurde jedoch schon kurz darauf selbst festgenommen. Am 19. Dezember 1942 stand er

mit den leitenden Köpfen der Gruppe vor dem NS-Kriegsgericht und wurde zum Tode verurteilt. Gemeinsam mit ihnen ging er schon drei Tage später zum Schafott. Trotz seiner Jugend, er starb schon mit 19 Jahren, erklärte er in seinem letzten

Brief an die Eltern: „Mein Leben ist so schön gewesen, daß ich die Einheit der göttlichen Harmonie auch durch meinen Tod hindurchklingen höre.“

Auch Kurt Heilemann war ein entschiedener Gegner der Nazis und wurde von diesen in den Tod geschickt. Und doch verlief sein Leben so ganz anders. Viel ist über den Leipziger nicht bekannt. Er wurde am 14. Mai 1896 in Oelsnitz im Vogtland geboren

und erlernte hier auch den Beruf des Maurers. Nach dem Ersten Weltkrieg qualifizierte er sich zum Bautechniker, war gewerkschaftlich im Bauarbeiterverband aktiv und wurde 1920 Mitglied der KPD. Im Jahr danach übersiedelte er nach Leipzig. Hier brachte er sich aktiv in die Arbeit der KPD ein. Das blieb auch nach 1933 so. Am 8. Oktober 1934 wurde er verhaftet und im Januar 1936 vom Oberlandesgericht in Dresden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren und fünf Monaten Zuchthaus verurteilt. Die Haft und die Verhöre hatten den Enddreißiger so zermürbt, dass er wegen geistiger Störungen in die Anstalt Obelbenshausen im Emslandmoor eingewiesen wurde. 1938 entlassen blieb er arbeitsunfähig. 1941 lieferten ihn die NS-Psychologen in die Anstalt Sonnenstein bei Pirna ein. Hier wurde er am 11. April 1941 Opfer der Euthanasie.

• DIETER KÜRSCHNER



Von
**KLAUS
HUHN**

Vor langen Jahren saß ich beim Bankett nach einem Hallensportfest in Stuttgart mit Marlene Ottey zusammen und diese Begegnung blieb mir in Erinnerung, weil sie sich damals als Anhängerin von Michael Manley „outete“. Der linke Politiker hatte in ihrer Heimat Jamaika den demokratischen Sozialismus ausgerufen, mit Kuba und der Sowjetunion Kontakt aufgenommen und Washington – versteht sich – in Rage versetzt. Sein Experiment misslang, was niemanden verwundern sollte, denn ringsum regierten Verbündete Washingtons. Marlene aber erläuterte mir an jenem Abend begeistert Manleys Pläne und – das wird jeder LN-Leser verstehen – deshalb blieb sie mir mehr in Erinnerung als viele andere berühmte AthletInnen, denen ich in meinem Leben begegnete. So wird man auch verstehen, dass mir die inzwischen nach Slowenien übersiedelte Sprinterin augenblicklich in den Sinn kam, als ich die spektakulären Sportnachrichten der letzten Tage las. Da in jeder Statistik nachzulesen ist, dass Marlene am 10. Mai 1960 geboren wurde und demzufolge demnächst ihren 48. Geburtstag feiern wird, ist es keine „üble Nachrede“, wenn ich ihr Alter erwähne und dazu, dass noch nie eine Athletin in diesem Alter noch zu einer Olympiemedaille kam. Marlene aber hat – zumindest theoretisch – die Chance, demnächst ihre neunte Olympiemedaille zugestellt zu bekommen und damit endgültig die erfolgreichste Olympionikin der Geschichte zu werden. 1980 in Moskau holte sie sich im 200-m-Lauf die erste Bronze, 2004 bei ihren siebenten Olympischen Spielen blieb sie medaillenlos. Aber nun deutet vieles darauf hin, dass sie nachträglich die Bronzemedaille des 100-m-Laufes der Spiele von Sydney 2000 erhält. Dort war sie zwar – immerhin schon 40! – nur Vierte geworden, aber nun hat die US-amerikanische Siegerin Marion Jones mitgeteilt,

dass sie gedopt gewesen sei und deshalb die Medaillen ans Internationale Olympische Komitee zurückgeschickt habe. Logische Folge: Die Zweite wird Erste und die Vierte – Marlene – Dritte. So sehr ich mich mit ihr freuen würde, kann ich allerdings nicht aus meiner Erinnerung verdrängen, dass auch Marlene schon des Dopings beschuldigt worden war. Und obendrein bin ich auch nicht sicher, ob das IOC die Medaillen wirklich neu verteilt, denn das könnte eine Lawine lostreten.

Marion Jones hat ihre fünf Olympiemedailles von Sydney zurückgegeben. Darunter die bronzene der Frauensprintstaffel und die Goldene des 4x400-m-Laufs. In der Siegerstaffel war sie zusammen mit Jearl

Sportkolumne

Gedanken über Marlene und Doping

Miles-Clark, Monique Hennagan, La Tasha Colander-Richardson gelaufen, dazu war auch die im Vorlauf eingesetzte Andrea Anderson mit der Goldmedaille geehrt worden. Also drängt sich die Frage auf: Weiß denn irgendjemand, ob die vier anderen Frauen auch zum Doping geiffen hatten? Das kann niemand wissen, denn nach ihrem Sieg waren sie auf Doping kontrolliert worden und die Ergebnisse waren negativ. Ja, auch Marion Jones war kontrolliert worden und auch ihr Befund war negativ gewesen. Jetzt hat sie ein „Geständnis“ abgelegt und anschließend ihre Medaillen abgeschickt. Eine honorige Geste, aber müsste man nicht die Mediziner vorladen, die damals ihre Probe analysiert hatten? Müsste man die nicht fragen: Können Sie uns das erklären? Ich kann guten Gewissens versichern: Sie könnten es nicht. Entweder lieferten ihre Kontrollgeräte damals keine verlässlichen Befunde, weil die Pharma-Industrie der Doping-Kontrollgeräte-Industrie um Kilometer voraus war, oder

Marions Dopingmittel stand damals noch gar nicht auf der Liste der verbotenen Mittel. Und damit wäre die juristische Frage zu stellen: Reicht das Geständnis der Marion Jones, um die Medaillen von 2000 neu zu verteilen?

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Ich bin nicht für Doping, aber mich stören die pausenlosen „Enthüllungen“, die Fernsehsendern zwar enorme Einschaltquoten sichern und Talkshow-Moderatoren als Experten erscheinen lassen, aber die Realitäten ignorieren. Doping kann nur wirksam bekämpft werden, wenn die Kontrollmechanismen ebenso verbindlich wie verlässlich sind. Früher genügte es, am Ziel einer sportlichen Entscheidung die Proben zu kontrollieren. Inzwischen weiß man, dass während des Trainings intensiver gedopt wird, als während der Wettkampfphase, weil die Athleten durch Dopingmittel ihre Körper höher belasten können. Also finden auch Trainingskontrollen statt. Nur: Die Kontrollen halten weder in ihrer „Geschwindigkeit“ noch in ihrer Vertraulichkeit dem Tempo der Medien stand. Als unlängst bei einem Radrennfahrer ein irritierender Blutwert entdeckt wurde, muss irgendjemand einmal mehr die ärztliche Schweigepflicht verletzt und die Information an die Medien verkauft haben. Die nannten den Namen des Radrennfahrers und publizierten den – keineswegs Doping nachweisenden – Befund. Danach konnte der Betroffene sehen, wie er seinen guten Ruf wiederherstellte. Und zwar nicht gegenüber Ärzten, sondern gegenüber neuen Journalisten.

Bei der „Schuldfeststellung“ der Marion Jones wurde auch erwähnt, dass ihr früherer Ehemann, ein Kugelstoßer, als Dopingständer entlarvt worden war. Ich war mal bei einer Ärztin in Behandlung, die in einer kritischen menschlichen Situation als Alkoholstünderin am Steuer belangen wurde. Ein wenig zugespitzt ließe sich vermuten: Nur die Tatsache, dass ich seit sechs Jahren nicht mehr Auto fahre, bewahrt mich davor, als ihr Patient des Verkehrsrowdytums verdächtig zu werden.

Ich gönne Marlene Ottey ihre neunte Medaille, aber ich warne davor, auch künftig alle Dopingprobleme durch die Medien und ihre selbsternannten „Experten“ klären zu lassen.

Zudem: In der Kampagne, die nachweisen soll, dass die DDR eine Diktatur und ein Unrechtsstaat war, spielt Doping eine Hauptrolle. Was soll daraus werden, wenn ständig verbreitet wird, anderenorts wurde gedopt?

ES WIRD BUNT!

MEHR INHALT, MEHR FARBE,
ÜBERSICHTLICH,
VIELE FEATURES & INTERVIEWS,
REZENSIONEN, NEUES AUS OST & WEST,
ÜBER 1000 KONZERTTERMINE,
LESERSHOP MIT VIELEN TOLLEN ANGEBOTEN

Ab 25.10.07 im Handel



SERVICENUMMER 01805/917 917

(8,14 €/Stk., was dazu deutschen Postzonen, abweichende Preise für Mobilfunknetze)

NEU
ACHTUNG
SACHSEN
INSIDE!

Hintergründe,
Portraits, News



www.melodieundrhythmus.com

Zu LN 20/07, Kurt Schneider:

Revolutionärer Erneuerung folgte antisozialistische Konterrevolution ...

Dem Autor ist zu danken, dass er die manipulativ wirksam gewordene Subsumierung der komplexen und widersprüchlichen Vorgänge der Jahre 89/90 unter dem heute schmeichlerhaft verwendeten Begriff „Friedliche Revolution“ als unhaltbar aufdeckt. Die Befragung der Wendevorgänge nach den Kriterien: politische Akteure, Zielstellung und Ergebnis (Ausgang) lässt in der Tat nur den Schluss zu, dass die sich in Massendemonstrationen und verantwortetem Verzicht auf Waffeneinsatz manifestierende friedliche Bewegung zur demokratisch erneuerten Fortführung der sozialistischen Gesellschaftsstruktur unterlaufen und schließlich usurpiert wurde und somit auf dem Boden der DDR in einer radikalen, alle gesellschaftliche Bereiche erfassenden politisch-sozialen Konterrevolution endete.

Für einen historischen Augenblick war das Volk der DDR souveränes Subjekt der Geschichte und schien Herr seines weiteren Geschickes. Die Bürger in Leipzig, Dresden, Plauen und anderswo haben tatsächlich Geschichte geschrieben. Aber nicht Weltgeschichte, wie Ex-Außenminister Gescher emphatisch behauptet (LVZ v. 8. Okt. 07). Weltgeschichtliche Veränderungen haben Andere durchgesetzt.

Hier ein Wort zu Kurt Masur: Während Politiker und Medien den Maestro als Helden von Leipzig bejubeln und er selbst den Begriff der Friedlichen Revolution übernommen hat, verbleiben die drei Sekretäre der damaligen SED-Bezirksleitung

Leipzig quasi im Dunkel gewünschter Namenlosigkeit. Der integre Masur war sich damals sehr wohl bewusst, dass ohne deren Mitunterzeichnung des berühmten Aufrufs und deren mutige Entscheidung gegen den Einsatz von Polizei und Militär die Demonstration vom 9. Oktober 89 und auch nachfolgende nicht friedlich hätte verlaufen können.

Mit der Umwandlung der progressiven Lösung „Wir sind das Volk“ in die Losung „Wir sind ein Volk“ und dem auslegbaren Ruf nach „Einig Vaterland“ mutierte das Subjekt DDR objektiv – wenn auch von den Massen auf den Straßen so nicht verstanden und gewollt – zu einem manipulierbaren Objekt der Geschichte. Dabei galt auch hier: Konterrevolutionen werden stets organisiert und inszeniert, sind aber ohne Verführbarkeit von Volksschichten und Weckung von Illusionen nicht machbar.

Den Gesamtverlauf der Jahre 89/90, wenn auch mit Vorbehalten und Einschränkungen, als bürgerlich-demokratische Revolution zu bezeichnen, scheint nicht gerechtfertigt: Die Übertragung der altbundesrepublikanischen Verfassungsrechtlichkeit auf das Gebiet der DDR (also Grundgesetz, formaljuristische Gewaltenteilung, parteigebundener Parlamentarismus und institutionalisierte Grund- und Freiheitsrechte) stellt in der Tat einen Gewinn dar, der konsequent verteidigt werden muss. Man sollte aber auch ihn hinterfragen: Er ist Folge eines Beitritts der DDR zur Altbundesrepublik auf der Grundlage eines

Vertrages, nicht einer Volksabstimmung in beiden deutschen Staaten und bei Absage an die Ausarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Diese vertragsrechtlichen Regelungen können kaum als revolutionäre Akte interpretiert werden. Es fehlt ihnen ja auch jene signifikante antifeudale Funktion, die die bürgerlichen Revolutionen vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts hatten. Durch den Ruf „Wir sind ein Volk“ entstand auch nicht einmal eine qualitativ „neue Bundesrepublik“, sondern eine quantitativ vergrößerte Alt-BRD mit europäischen Führungsansprüchen. Letztlich gilt, dass die Machtorgane und Verfahrensregeln des bürgerlich-demokratischen gesellschaftlichen Überbaus primär zu dienen haben – der Bewahrung, dem Ausbau und der Rechtfertigung einer weitgehend autokratisch geführten kapitalistischen Basis, die zudem unter Berufung auf Globalisierungszwänge die Privatisierung staatlichen und kommunalen Eigentums forciert.

Diese fundamentalen Tatsachen vernebelt der Begriff „Friedliche Revolution“ völlig. Friedlich im Sinne von gewaltlos verlief die politisch-soziale Umstrukturierung auf dem Boden der DDR durchaus nicht. Sind Enteignung von Volkseigentum, die Liquidierung großer industrieller Potenziale aus Konkurrenzgründen und die Oktroyierung bourgeoiser Zivil- und Strafrechtlichkeit keine Gewalt?

EGON GROSCHOPP,
LEIPZIG

Die Darlegungen stimmen mit meinen Erkenntnissen und Erfahrungen, die ich in dieser Zeit in Neubrandenburg gewonnen vollständig überein.

Auf einige Aspekte sei kurz verwiesen: Die demokratische Massenbewegung begann im Oktober 1989 mit dem Ziel der Erneuerung des Sozialismus in der DDR. Sie wurde auch von bedeutenden Teilen vieler Genossen getragen, die für Reformen im Sinne eines demokratischen Sozialismus eintraten. Erst die zweite Etappe der Ereignisse brachte unter dem Druck und der zunehmenden direkten Einmischung der BRD die Rückwende zur Restauration des Kapitalismus. Ja – die Demonstrationen verliefen friedlich, nach der Arbeitszeit, ohne Streikaktionen. Das war sowohl das Verdienst der Demonstranten, als auch der Staatsorgane der DDR. Die Armee wurde nicht „im Innern eingesetzt“. Es gelang den antisozialistischen Kräften nicht, eine flächendeckende Pogrom-

und Lynchstimmung zu erzeugen, obwohl es dafür massive Versuche gab. Das war ebenfalls ein Verdienst der verantwortungsbewussten Mehrheit der Bevölkerung. Hervorzuheben ist der Verweis Kurt Schneiders auf den Vereinigungsprozess als Bestandteil der weltpolitischen Machtkämpfe dieser Zeit, wie sie zunehmend in der vorliegenden Literatur dokumentiert werden. Die völlige Diskreditierung der DDR und die Siegermentalität der nun Herrschenden verdeckte lange Zeit die immer offensichtlicher werdende Tatsache, dass bei der Vereinigung die Chance auf eine Erneuerung der BRD bewusst vertan wurde. Das betrifft sowohl die Erarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung, als auch die Übernahme bewährter Elemente der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik der DDR: Ignoriert wurden auch die neu entstandenen basisdemokratischen Errungenschaften, des Herbstes 1989.

GÜNTHER HARTMANN,
NEUBRANDENBURG

Ich erinnere mich noch an eine Kundgebung auf dem Karl-Marx-Platz, wo Roland Wözel ausgepiffen wurde und eine Toilettenfrau vom Sachsenplatz von einigen viel Beifall bekam. Hätte sie damals regieren sollen? Auch beim „Biermann-Konzert“ in der alten Messehalle war noch nichts von der Aufgabe der DDR in Wort und Musik zu hören. Ich staune nur immer, wenn sich Leute über die Folgen der Vereinigung wundern. Wenn ich mich recht erinnere, war es keine Vereinigung, sondern ein

Beitritt. Damit waren alle Chancen, etwas zu vereinigen, vertan. Im Hinblick auf das Jahr 2009 bleibt noch viel zu tun, um keine Geschichtsklitterung zuzulassen. Danke für den Beitrag.

RALPH
MISTOFF, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.
Die Redaktion

Wanderungen durch Neufünfland

DER WANDERER hat sich nasse Füße geholt, kein Wunder bei diesem Wetter. Er hat sich deshalb entschlossen, seine Routen im Winterhalbjahr einzuschränken und passt sich damit den allgemeinen Sparmanieren der Gegenwart an. Zudem liest er die Briefe aus Hamburg und meint, die Zeitung sollte auch zuweilen über Berlin berichten, immerhin die Hauptstadt und – wenn es noch eines Motivs bedurfte – seit einiger Zeit auch die Residenz des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters. Dass es unlängst am Alexanderplatz nächstens eine beispiellose Konsumschlacht gab, hat sich natürlich längst bis nach Leipzig herumgesprochen und muss vom Wanderer nicht noch nachträglich kommentiert werden. Immerhin: Ich kenne eine Krankenschwester, die mir erzählte, dass keine Verletzten mehr in den Hospitälern versorgt werden! Und ein Manager des neuen Kauftempels gab sich zufrieden. Er teilte es via Fernsehen mit. In seiner Miene las ich, dass der Spektakel genau die Schlagzeilen lieferte, die er für die werbewirksamsten hielt. Wer dennoch keine Lust zu einem Bummel durch das rote Haus hat, kann

Grusel, Harz und Faust

sich auch vor der Tür die Zeit vertreiben. Dort wird nämlich eine riesige Baustelle in Betrieb genommen, die allerdings bis ins Jahr 2009 zu besichtigen sein wird. Nur, wer noch einmal durch die Fußgängertunnel an der Alex-Kreuzung gehen will, sollte es bald tun. Die werden nämlich im Zuge der umfassenden Modernisierung – zugeschlachtet!

UNLÄNGST KAM ICH NOCHMAL durch Magdeburg und ließ mir erzählen, wie die Polizei dort modernisiert wird. Die Strukturreform belässt der Stadt – kaum zu fassen – nur noch ein einziges Revier. Allerdings sollen wenigstens Außenstellen in Nordwest und Südost eingerichtet werden. Ich begriff: Jede Erinnerung an den „Polizeistaat“ soll verschwinden! Ob da allerdings die Personalentscheidungen richtig sind, könnte der eine oder andere bezweifeln. Der Chef des neuen Super-Revierts ist 57 Jahre alt und begann seine Karriere als Ordnungshüter 1971. Wo? Bei der Volkspolizei! Ob das gut geht? Immerhin besuchte er die Polizeischule in Potsdam und die Fachhochschule in Aschersleben, las man in der Zeitung. Um Irrtümer zu ver-

ergergebnis sich aus dem Spektakel, der dieser Tage in Berlin entfesselt wurde. Die BZ hatte ihre ganze Titelseite der Schlagzeile geopfert: „FDJ kriecht aus ihrem Loch“ und die Frage aufgeworfen, wie es dazu kommen konnte, dass das Bezirksamt Mitte eine angebliche „Gruselshow“ genehmigt hatte?

Das war geschehen: Auf dem Alexanderplatz hatten FDJ'ler am 58. Jahrestag der Gründung der DDR ein paar Tafeln zum Thema „Was war und ist die DDR?“ aufgestellt. Aber alle können beruhigt sein, denn das Blatt meldete im Inneren: „Der Verfassungsschutz ist aufmerksam geworden. Berlins Innensenator Erhart Körting (SPD): „Es handelt sich um eine der vielen Gruppen, die wir im Auge behalten.““

Natürlich weiß man auch in Leipzig, dass in Berlin die Linke mitregiert. Und eine von deren AbgeordnetenInnen beruhigte denn auch die Berliner mit dem Hinweis, dass man den Vorfälle ernst nehme! Ich erinnere mich meiner Englisch-Kenntnisse und sage: „No comment!“

DARAUFHIN ZOG ICH WIEDER HARZWÄRTS und erfuhr in Halberstadt,

meiden: Der Wanderer hat nichts dagegen, aber andere könnte das auf die Barrikaden treiben. Meine Befürchtung

dass man einem dortigen Tischlermeister den Werkstattwagen leergeplündert hatte, als er ihn zur Reparatur in eine Werkstatt gefahren hatte. Der Mann hat sich vor zwei Jahren selbständig gemacht und fürchtet, dass sein Unternehmen nun ruiniert sei, denn versichert war er nicht. Nicht etwa aus Leichtsinne, sondern: „Die Verträge haben so viele Klauseln, dass ein Abschluss nicht lohnt.“ Fassungslos soll er gewesen sein, als die Polizei sich der Gelegenheit annahm. Die Uhrzeit des Raubzugs interessierte nicht und Spurensicherer erschienen erst, als der Tischler mit der Faust – oder dem Hobel? – auf den Tisch drohte. Erzählte man.

WEITER NACH WERNIGERODE, aber auch dort war nichts Erfreuliches zu hören. Unerfreuliches vor allem von den Ideen des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters, der für den Verkehr zuständig ist. Zwar wird derzeit einiges an der Bahnstrecke Wernigerode-Ilsenburg getan, aber niemand weiß, ob dort künftig auch noch eine Regionalbahn fahren wird. Denn aus dem Haus Tiefensee verlaute: Bahnhöfe mit weniger als hundert Ein- und Ausstiegen pro Tag werden zugestellt und Zugstrecken mit weniger als tausend Fahrgästen pro Tag gestrichen. Der einzige Vorteil: Man würde im Harz nur noch wandern können!

• KLAUS HUHN

Rosa Luxemburg

fl : 0341-9608531

Fax: 0341-2125877

VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 23. Oktober, 18 Uhr, Leipzig
Umarmung der Meridiane. Mit Adel Karasholi,
 Lesung und Gespräch. ***
 Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

Mittwoch, 24. Oktober, 18 Uhr, Chemnitz
 Vortrag und Diskussion: *Vor 90 Jahren: Die
 Oktoberrevolution 1917 – Streitfeld für Linke
 und Gegner.* Mit Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe,
 Freital. ***
 Soziokult. Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

Mittwoch, 24. Oktober, 18.30 Uhr, Leipzig
 Vortrag und Diskussion: *Die neue LINKSPAR-*

*** Die Veranstaltung wird
 gemeinsam mit der Rosa-
 Luxemburg-Stiftung, Gesell-
 schaftsanalyse und politische
 Bildung e. V. durchgeführt.
 Die Veranstaltungen sind
 öffentlich.

TEL. Mit Dr. Monika Runge, MdL.
 Klub Gshelka, An der Kotsche 51

Mittwoch, 24. Oktober, 19 Uhr, Dresden
 Vorstellung und Diskussion der sozialwissen-
 schaftlichen Längsschnittstudie: *Einheitslust
 und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem
 Weg vom DDR- zum Bundesbürger 1987 bis
 2006.* Mit Dr. Hendrik Berth, Dipl. Psychologe,
 Dozent, Dresden. In Zusammenarbeit mit der
 Linken Hochschulgruppe Dresden (www.linke-
 hsg-dresden.de)
 TU-Dresden, Hörsaalzentrum, Bergstr. 64

BUCHHANDLUNG RIJAP

GbR

Literatur für SIE

Im Oktober neu bei uns:

Eulenspiegels Postkartenkalender 2008
 Eulenspiegel, 9,90 Euro

Waltraud Hagen, Peter Jacobs: *Ernesto „Che“ Guevara.*
 Verlag Neues Leben, 12,90 Euro
 Werner Großmann: *Bonn im Blick.*
 Das Neue Berlin, 14,90 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.
 Wir liefern in Leipzig frei Haus!

In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet
 fl 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage
 04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritscher Zentrum
 04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center
 04357 Mockauer Str. 123

Carl-Schorlemmer-Apotheke



Inhaber:
 FSD PhR Friedrich Roßner
 Fachapotheker für
 Allgemeinpharmazie
 Karlsruher Straße 54
 04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58
 Arzneimittel-Information
 Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91
 Büro / Apothekenleiter

**Einladung zur öffentli-
 chen Mitgliederversamm-
 lung der LINKEN am
 24. 10., 18.30 Uhr,**

„Canapee“,
 Holzhäuser/Schönbachstr.
 Gast: Heiko Rosenthal (DIE
 LINKE), Bürgermeister und
 Beigeordneter für Ordnung,
 Umwelt und Sport in Leipzig

Strike-Bike für Kuba

Cuba Si möchte 30 Strike-Bike-Solidaritätsfahräder für Kuba bestel-
 len, um sie den Arbeiter:innen der Cuba Si Landwirtschaftsprojekte
 zu übergeben. Dort werden sie dringend benötigt. Das Strike-Bike
 wird in der Bike System GmbH in Nordhausen/Thüringen hergestellt.
 Seit dem 10. Juli 2007 haben die 135 Arbeiter:innen ihren Betrieb
 boykottiert. Sie wollen verhindern, dass der Betrieb demontiert und
 verkauft wird und haben beschlossen, die Produktion in Selbstver-
 waltung wieder aufzunehmen. Dafür werden 1800 Besetzungen für
 das Strike-Bike benötigt (Preis für ein Fahrrad: 275 Euro).
 Unterstützt Kuba und Nordhausen! Spenden für dieses einmalige
 Solidaritätsprojekt! **Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!**

Cuba si

www.cuba-si.org, Spendenkonto:
 BIC: PANL3333, IBAN: DE44 2512 0510 0001 0001 0001
 Konto-Nummer: 4382 210 908
 BIC: BSWL3333, IBAN: DE44 2512 0510 0001 0001 0001
 Konto-Nummer: 4382 210 908



DEMONSTRATION

Auf die Straße gegen den Notstand der Republik

BREMEN 12 Uhr Willy-Brandt- platz beim HBI	ERFURT 12 Uhr Bismarckplatz	REGENSBURG 13 Uhr Postplatz beim HBI („Schwanst“)
---	--	---

Samstag, 3. November 2007

Abmeldung zu den Demonstrationen und Unterstützer unter
 www.jugendkongress-notstand-der-republik.de

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik
 Mail: info@jugendkongress-notr.de
 Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr. 410844336, BLZ: 38070433, BIC: WELN3333

Jugend gegen Notstand der Republik

*Liebe
 Annelies Körnich
 zu deinem
 80. Geburtstag
 am 25. Oktober
 gratulieren wir
 ganz herzlich.*

*Zugleich möchten wir dir für
 deine über 60 Jahre währen-
 de politische Arbeit danken.
 Alles Gute, vor allem Gesund-
 heit, wünschen*

die Genossinnen und Genossen
 der BO 114/1 DIE LINKE



SPENDEN an:

**Projekt Linke Zeitung e. V.,
 Sparkasse Leipzig,**

Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92,

Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima
 Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

Bestellschein

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

LIEFERANSCHRIFT:

Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort
 evtl. Telefon

**ANSCHRIFT UND KUNDEN-NR.
 des Werbers* bzw. Geschenkgebers***

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Kundennummer
 Name, Vorname
 Straße, Hausnummer
 PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro:

- Studierendenabo* (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises
- Probeabo* (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

Solidaritätspreis: Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum
 Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntägig und
 wird über die Post zugestellt. Das Abonne-
 ment verlängert sich jeweils um ein halbes
 Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor**
 Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut
 BLZ
 Kontonummer
 Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung
 (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

Ottokar, der sich natürlich auch entschuldigt

Selbstredend hat der ewig Zwölfjährige den Zug der Zeit erwischt. Vorweg: Es hat ihn natürlich schon angestunken, wenn seine Eltern ständig forderten, er solle sich, bloß weil er halt wieder mal was angestellt hat, entschuldigen. Das tat er dann manchmal, „damit sich die Eltern wieder beruhigten“. „Doch nun“, so stellt der Schüler Ottokar ziemlich entgeistert fest, „als die große Wende von der Deutschen Demokratischen Republik zur noch deutscheren Bundesrepublik eintrat, vermehrten sich die Entschuldigungssüchtigen wie Giftpilze“. Weshalb er nicht umhin kann, sich nun auch bei allen zu entschuldigen, denen er „Leid angetan“ hat. Schließlich, warum war er auch so unachtsam, „in das Sperma eines Vaters (zu) geraten, welches rot war. Warum musste gerade mir das passieren. Es gab doch soviel Spermien im geteilten Deutschland. Ich hätte ebensogut in einem anderen Befruchtungstropfen stecken können. Dann wäre ich heute vielleicht ein Bayer oder Niedersachsen oder Schwabe oder Ostfriesen. Deshalb bekenne ich mich schuldig, seit meiner Geburt zu *eternah* aufgewachsen zu sein“. Dabei bleibt es nicht. Ottokar ist gründlich. Er entschuldigt sich wortreich, zu pioniermäßig, zu schul- und ordnungsnah aufgewachsen zu sein. Und auch zu seiner Lehrernähe bekennt sich der Knabe zerknirscht.

Was jedoch die neuen Höhepunkte im bundesdeutschen Alltag betrifft, da benimmt sich Ottokar Domma echt hinterlistig. Er vergleicht zu früher, was man ja als guter, auch als ganz junger Staatsbürger eigentlich nicht soll. Timur-und-sein-Trupp-Aktivitäten stehen da plötzlich neben Überlegungen zu Ministern der neuen Zeit. Arme Bundesrepublik. Kein Wunder, dass Ottokar für seinen Nach-89er Schulaufsatz über einen Bundeskanzler eine Fünf minus bekam, weil er „keine persönlichen Schlussfolgerungen daraus gezogen habe“, wo er doch gar kein Kanzler werden will. So geraten seine Ratschläge an einen solchen etwas undeutsch: „Der Kanzler muss den Frieden lieben ...“ oder: „Er kann auch Nussknacker aus dem Erzgebirge als Friedenswächter aufstellen, wodurch er der Heimindustrie neuen Aufschwung verleiht.“ Vor allem, so spricht der Pionier aus Erfahrung, „muss der Kanzler für Frieden und Völkerfreundschaft immer bereit sein.“ Das neue Ottokar-Büchlein aus dem Eulenspiegel-Verlag vereint, praktisch broschürt und in jede Reisetasche passend, die frechen Sprüche und fetzigsten Geschichten aus dem langen Schüleralltag dieses überaus klugen Knaben. Als ich Herrn Maus unterwegs im Auto beispielsweise vorlesen wollte, wie Opa das Nachthemd von der Oma zerhackte



und was sich innerfamiliär daraus ergab, verschleierte Herrn Maus die Lachtränen die Sicht auf den Verkehr. Lehre: Zum Vorlesen ist das Büchlein zu gefährlich. Aber lehrreich sind die Geschichten; immer noch und immer wieder. Eben Lebensweisheit pur. Seien es Ottokars Auslassungen zur „wichtigsten Waffe unserer lieben Lehrer“, die Noten, sei es die Lektion darüber, wie man sich höflich verhält oder seien es seine Überlegungen, wann und wie ein Schüler lachen darf: „Einer, der nicht mehr zur Schule geht, denkt vielleicht, Lachen ist Lachen, aber da irrt er sich mächtig.“ Wobei es da laut Ottokar drei Abteilungen des Lachens gibt, das normale, das unfreiwillige und das verbotene Schülerlachen. Und die erklärt der Pionier dann sehr drastisch an Beispielen aus dem Schulalltag. Um aber an den Ausgangspunkt zurückzukommen: die Entschuldigungen. Dass der Eulenspiegel Verlag die besten Ottokar-Geschichten für 3,90 Euro noch einmal herausbringt ist sehr okay. Aber dass er dabei nirgendwo auf den 96 Seiten den Vater des Pioniers und nunmehrigen Gesamtschülers Ottokar Domma, den inzwischen verstorbenen Otto Häuser, erwähnt, ist auch mit der größten Entschuldigung nicht zu akzeptieren. Mag Ottokar ja der große Ich-Erzähler sein, in der DDR war das kein Problem, jeder wusste, wer hinter dem Bürschchen steckte. Aber inzwischen ...

IHRE
MILIANE
MAUS



Waren Sie sich sicher?

(Auflösung LN 20)
D: Tischtennis / C: 60 / D: Bezahlter freier Tag / B: Zinsloser Kredit / B: Spee / B: Die Zukunft wird heller / D: Bino / B: Finnland / C: Leningrad / A: Blau-Weiß

Leipziger Flaschen

Zwei Flaschen stehn auf einer Bank,
die eine dick, die andre schlank.
Sie möchten gerne heiraten.
Doch wer soll ihnen beiraten?
Mit ihrem Doppel-Auge leiden
sie auf zum blauen Firmament ...
Doch niemand kommt herabgerent
und kopuliert die beiden.

C.M.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Es gibt bei uns keinen Tagesbefehl zum Glücklichein ...

Norbert Lammert (CDU) in seiner Rede zum Tag der Einheit, 3. 10.

Der Stiftung Warentest ist zu danken, dass sie jetzt falsche Lehrbuchinhalte kritisiert. Ich erinnere mich an ein Biobuch des Klett Verlages, als ich „Sexualpädagogik“ unterrichtete. In einem Mann waren dort Blutkreislauf, Nervensystem usw. eingezeichnet. Der Wohlgeformte hatte immer seine Badehose an, seinen Geschlechts- bzw. Liebesorganen fehlte jeder Ausgang. Der Samenleiter endete also blind im „Unterhosenbiologiebuch“.

Dr. E. Busche (Bremen) ND, 4. 10.

Harry Potter ist in Deutschland so bekannt wie ein bunter Hund: 92 Prozent aller Menschen über 14 Jahre kennen den Zauberlehrling, bei den Zwölf- bis 13-Jährigen sind es sogar 99 Prozent.

LVZ, 5. 10.

Hartz-IV, das ist der Keller unserer Gesellschaft ...

Otmar Schreiner (SPD) in DLF-Diskussion, 8. 10.

Mehr noch als der Rückschritt bei Einkommen und Sozialleistungen hat die Verletzung von persönlicher Würde verbittert.

Elmar Altvater zur Agenda 2010 in WZ Freitag, 12. 10.

Jeder, der über unseren neuen bayrischen Ministerpräsidenten dummes Zeug redet, bekommt eins auf die Nuss ...

Landtagsdebatte in Bayern, 9. 10.

Die Leipziger nennen ihren ehemaligen Oberbürgermeister Tiefensee längst ... Flachteich

Die 3 von der Zankstelle mdr-Kabarett, 12. 10.

Deutsche Medien zeichnen ein zu negatives Bild von Russland.

DLF, 13. 10.

• Entdeckt von MICHAEL ZOCK

Anzeige

Ergonomische Bürostühle mit ERGO - TOP

JETZT Probesitzen: 0371 - 401 95 57

Auch preiswerte Sitz-Steh-Arbeitsplätze

Mediales:

Es gibt Medien, die von dem zutiefst humanitären Anliegen beseelt sind, ihren Konsumenten einen fließenden Übergang in die Alterssenilität zu ermöglichen.

*

Manche Medien berichten bedenkenlos die „Wahrheit“, wenn sie dadurch ihren Umsatz erhöhen können.

*

Das Interessanteste an den Nachrichten ist, worüber sie nicht berichten.

R. LOCHNER

Leipzigs
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: redaktion@leipzig-neue.de

Internet: www.leipzig-neue.de

Einzelpreis: 1,30 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,

Anzeigen, Werbung:

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagservice,

Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig,

Tel./Fax Redaktion: 0341 / 21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

15. Oktober 2007

Die nächste Ausgabe erscheint am 2. November 2007

Spendenkonto

für Projekt Linke Zeitung e. V. bei der

Sparkasse Leipzig,

BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40